

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



EFFEKTE DER GLOBALISIERUNG
SPEKTRUM
VERANSTALTUNGEN

2 | Februar 2007

Effekte der Globalisierung

Lebensverläufe im Globalisierungsprozess 4

Globalisierung sichtbar gemacht 6

Sozialstrukturelle Folgen globalisierter Finanzmärkte 11

High-Tech-Sweatshops 17

Gefälle bei Arbeitsstandards 19

Der Neoliberalismus und seine Auswirkungen auf die Soziale Arbeit 20

Spektrum

Public Social Private Partnership zur Realisierung sozialer Dienstleistungen 27

"Wir NGOs können nie eine ganze Gesellschaft ändern" 30

Veranstaltungen 35

Liebe Leserin, lieber Leser!

Globalisierung – im ökonomischen Sinn – kann als ein durch die Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten bedingtes Hinaustreten der Volkswirtschaften aus dem nationalen Rahmen verstanden werden; ein Prozess, den es in gewissem Sinne immer schon gegeben hat, der sich aber in den letzten Jahrzehnten – nicht zuletzt aufgrund technologischer Innovationen und des Wegfalls von Handelshemmnissen – wesentlich beschleunigt hat. Diese Dynamik lässt sich anhand einiger Zahlen gut illustrieren: So stieg der dokumentierte weltweite Warenhandel zwischen 1948 und 2004 auf das 27-fache, während sich die Güterproduktion im selben Zeitraum nur etwa verachtfacht hat. Die direkten Auslandsinvestitionen stiegen von 1970 bis 2004 von 13 auf 650 Milliarden US-Dollar und das Welthandelsvolumen wuchs zwischen 1980 und 2004 von 2,4 auf 11,7 Billionen Dollar (Quelle: Die Zeit 47/2006).

Eine wesentliche Rolle im Globalisierungsprozess kommt den liberalisierten Finanzmärkten zu, zumal es dank moderner EDV nunmehr möglich ist, Milliardenbeträge binnen Sekunden über den Globus zu verschieben. Friedrich Fürstenberg zufolge dienen glo-



Dominanz transnationaler Konzerne, thematisiert im Globus von Ingo Günther. Quelle: Museum Arbeitswelt Steyr

bale Finanztransaktionen dabei nicht bloß zur Abwicklung des Güter- und Dienstleistungsaustausches, sondern auch für spekulative Geldanlagestrategien und zur Finanzierung von Firmenübernahmen. Sog. Hedge-Fonds versuchen, mit riskanten Spekulationen überdurchschnittliche Renditen zu erzielen. Das Kapital hierfür kommt zu einem nicht unwesentlichen Teil von institutionellen Anlegern wie Pensionsfonds oder Versicherungen. Auch bei Firmenübernahmen durch sog. Private-Equity-Firmen stehen Renditeüberlegungen im Vordergrund. Übernommene Unternehmen werden von diesen nach erfolgter Sanierung in der Regel gewinnbringend weiter veräußert, was häufig Lohn- und Gehaltseinbußen und/oder Arbeitsplatzverluste für Teile der Belegschaft mit sich bringt. Die gleichen (negativen) Konsequenzen können jedoch auch eintreten, wenn sich ein gefährdetes Unternehmen erfolgreich gegen eine Übernahme wehrt, indem es seinerseits Rationalisierungsmaßnahmen setzt, um so den Aktienkurs und damit den Kaufpreis hoch zu halten.

Die Möglichkeiten des (National-)Staates, hier gegenzusteuern, sind beschränkt. Angesichts global operierender Firmennetzwerke ist sein Regelungspotenzial im Schwinden begriffen. Doch derzeit ist ohnehin eher Mitschwimmen angesagt: Durch Konzessionen an mögliche Investoren, etwa über Steuervergünstigungen, versucht man, sich relative Vorteile im zwischenstaatlichen Wettbewerb zu verschaffen. Kurzfristig mag dieser Strategie Erfolg beschieden sein, doch langfristig verlieren alle – da andere Staaten nachziehen und dann aufgrund der gesunkenen Steuereinnahmen nirgendwo mehr Geld vorhanden ist, um etwa in die soziale Infrastruktur (z.B. im Gesundheits- oder Bildungsbereich) zu investieren. Durch internationale Zusammenschlüsse und Organisationen könnte der Bedeutungsverlust der öffentlichen Sphäre grundsätzlich wettgemacht werden. Allerdings müsste auch hier zunächst einmal der Einfluss wirtschaftlicher Interessengruppen zurückgedrängt und im Gegenzug jenem der Allgemeinheit mehr Geltung verschafft werden. Geschehen könnte – und sollte – dies vor allem durch mehr Transparenz und eine verstärkte demokratische Legitimation (bei der Entscheidungsfindung, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Lebensverläufe im Globalisierungsprozess

Bamberger ForscherInnen legen Ergebnisse zur Lebensgeschichte und aktuellen Lebenssituation von Menschen in 18 OECD-Staaten vor. Das zentrale Ergebnis: Durch die globale Entwicklung werden Ungleichheiten weiter vertieft.

Unter jungen Menschen geht Zukunftsangst um. Besonders Haupt- und Realschulabsolventen plagen Ängste vor Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, vor verschärftem Wettbewerb und der Abwanderung von Arbeitsplätzen. „Das Stimmungsbild spiegelt klar die Entwicklung, die junge Menschen tatsächlich zu Verlierern macht“, erklärt der Bamberger Soziologie-Professor Hans-Peter Blossfeld, der die Phänomene im Zuge der systematisch und vergleichend angelegten Verlaufsstudie „*Globalife: Lebensverläufe im Globalisierungsprozess – Veränderungen im Bildungs-, Beschäftigungs- und Familiensystem moderner Gesellschaften*“ untersuchte. Mit seinem Team konnte der Forscher den innerstaatlichen Bedeutungswandel des Globalisierungsprozesses in 18 OECD-Ländern aufzeigen. „Die Jungen müssen sich zunehmend mit befristeten Arbeitsverträgen, phasenweise niedrigem

Verdienst oder qualitativ schlechter Arbeit anfreunden“, fasst Blossfeld ein wesentliches Ergebnis seiner Untersuchungen zusammen. Das wirke sich auf die gesamte Lebensgestaltung aus. „Wer nicht weiß, ob er nächstes Jahr Arbeit hat, schiebt die Familiengründung auf“, kommentiert er.

Vom Weltmarkt und seinen sozialen Verwerfungen bleibt dagegen noch weitgehend verschont, wer im Arbeitsleben bereits Fuß gefasst hat. Jedenfalls in Deutschland, wo die Gewerkschaften eher stark und rechtliche Vorgaben wie der Kündigungsschutz einer entfesselten „*Hire-and-fire*“-Dynamik noch entgegen stehen. „Diese nationalstaatlichen Strukturen sind recht beharrlich“, erklärt Blossfeld. „Sie verschwinden unter dem Druck der Globalisierung nicht, sondern reagieren auf ein und dieselbe globale Entwicklung mit unterschiedlichen Logiken, sodass es zu sehr unterschiedlichen länderspezifischen Entwicklungspfaden kommt.“

23 WissenschaftlerInnen haben unmittelbar an „Globalife“ gearbeitet, unterstützt von 44 externen MitarbeiterInnen aus 17 Ländern. Eine Fülle von Publikationen, drei Habilitationen, acht Dissertationen und sieben Diplomarbeiten sind im Zuge der von der VolkswagenStiftung finanziell unterstützten Studie entstanden. In einem fünfjährigen Forschungsprozess haben Blossfeld und sein Team auf der Grundlage von Panel- und Lebensverlaufsdatensätzen die Sozialge-

Meinung zum Thema Globalisierung gespalten

Fast 40 Prozent der ÖsterreicherInnen können mit dem Begriff „Globalisierung“ nichts anfangen. Gut die Hälfte der KennerInnen stehen ihr positiv gegenüber. Das geht aus einer repräsentativen Telefonumfrage des Linzer Meinungsforschungsinstituts market hervor.

Wie sich dabei herausstellte, konnte die Globalisierung ihren Bekanntheitsgrad seit 1997, wo er bei 55 Prozent lag, nicht stark steigern. Nunmehr gaben 60 Prozent an, den Begriff zu kennen. Unter jenen 39 Prozent, die damit nichts anfangen können, befinden sich überdurchschnittlich viele Frauen und Arbeiter. Auch knapp der Hälfte der jungen Bevölkerung (48 Prozent der 18- bis 29-Jährigen) ist der Begriff nicht bekannt.

51 Prozent der KennerInnen des Begriffs stehen der Globalisierung positiv gegenüber, 40 Prozent

beurteilen sie negativ. Besonders kritisch ist die mittlere Generation der 30- bis 49-Jährigen eingestellt. Unter der Bildungselite sind die Lager der BefürworterInnen und der KritikerInnen laut markiert in etwa gleich groß. Regional betrachtet falle vor allem die Distanziertheit in Ostösterreich auf.

Als GewinnerInnen der Globalisierung werden von 90 Prozent der KennerInnen multinationale Konzerne genannt, gefolgt von Banken und Versicherungen (84 %) und Industriebetrieben (74%). Als VerliererInnen werden in erster Linie die Landwirtschaft (73%), ArbeiterInnen (72%) sowie klein- und mittelständische Gewerbebetriebe (67%) angesehen. Von jenem Bevölkerungsteil, der über die Globalisierung Bescheid weiß, sieht sich bloß jede/r Fünfte als Gewinner. 38 Prozent ordnen sich hingegen als VerliererInnen ein und 37 Prozent fühlen sich weder zur einen noch zur anderen Gruppe zugehörig.

Quelle: ooe.orf.at, 8.7.2005

schichte der vergangenen drei Jahrzehnte in 18 OECD-Ländern rekonstruiert. Der Vergleich unterschiedlicher Geburtenjahrgänge von 1945 bis heute dechiffriert den historischen Wandel im Alltagsleben unterschiedlicher sozialer Gruppen in verschiedenen Ländern. Am Ende der Forschungen steht nun nicht weniger als eine Sozialgeschichte nationaler Eigenheiten.

Fünf Ländercluster identifiziert

Auf der Makroebene bietet die von „Globalife“ freigelegte Sozialgeschichte fünf Fassungen zu fünf identifizierten Länderclustern. Jedes Cluster bündelt Nationalstaaten, die mit vergleichbaren Systemen den Einfluss der Globalisierung vor der nationalen Haustür filtern und so auf der Mikroebene Lebensverläufe mit prägen.

Als „konservativ“ bezeichnen die „Globalife“-AutorInnen das deutsche, holländische und teilweise auch das französische System. Mit zentralisierten Lohnsystemen sowie relativ rigiden Arbeitsmarkt- und Bildungsregulierungen werde in diesen Staaten ein relativ geschlossenes Beschäftigungssystem erzeugt, das jungen Menschen den Berufseinstieg erschwert und Insider begünstigt – darunter fallen vor allem gut vernetzte und qualifizierte erwerbstätige Männer. Konträr dazu stehe das „liberale“ Ländercluster, zu dem England, Kanada und die USA zählen, die als erste Wirtschaftsmacht selbst die Liberalisierung des Weltmarkts anheizten. Entsprechend offen und flexibel ist hier der Arbeitsmarkt, auf dem das „Hire-and-Fire“-Prinzip herrscht, „alte“ männliche Privilegien fallen, die Gewerkschaften schwach sind und die persönlichen Ressourcen zum entscheidenden Erfolgskriterium werden.

Im „familienzentrierten“ Cluster, vor allem in Spanien und Italien, lenkt ein extrem profilierter Insider-Outsider-Markt die Unsicherheiten auf die Außenseiter des Systems ab. Turbulent verläuft die Entwicklung in den Ländern des „postsozialistischen“ Clusters. Nach 1989 erlebten diese einen schnellen sozioökonomischen Wandel. Anhand der verschiedenen Untersuchungskohorten Ungarns und Estlands zeigt „Globalife“ quasi idealtypisch den Effekt der Globalisierung auf die Lebensverläufe: Während die Älteren, die noch in sicheren Arbeitssystemen aufgewachsen sind, früh feste Partnerschaften eingingen und Kinder bekamen, fällt die Geburtenrate in der Generation der Jüngeren steil ab.

Unsicherheiten werden auf Frauen abgewälzt

Zwiespältig bildet sich das Schicksal von Frauen ab. „Den Job suchenden Zweitverdienerinnen fliegt ein bunter Strauß kleiner Chancen zu“, erzählt Blossfeld, „den Alleinverdienerinnen dagegen erschweren offene Arbeitsmärkte das Leben – besonders den Müt-

tern.“ Kurz: „Die Globalisierung wälzt ihre Unsicherheiten auf die Frauen ab.“ In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verlieren sie auf dem europäischen Arbeitsmarkt sogar bereits gewonnenen Boden. Wie die Studie zeigt, dichotomisiert dies erneut weibliche Lebensverläufe: „Die einen ziehen sich wieder auf die Familie zurück, die anderen versuchen sich mit Patchworkkarrieren durchzuschlagen“, erläutert der Bamberger Forscher. Von dieser Entwicklung noch weitgehend verschont blieben Frauen des „sozialdemokratischen“, überwiegend skandinavischen Clusters. In Schweden und Norwegen werden berufstätige Frauen von Seiten des Staates stark unterstützt, was vor allem qualifizierte Frauen auf den Arbeitsmarkt lockt. In Deutschland und den post-sozialistischen Ländern dagegen trifft die neue Unsicherheit des Arbeitsmarktes hoch qualifizierte Frauen am empfindlichsten.

Deutlich wird insgesamt: Ungleiche Chancen fixieren Lebensläufe. In allen fünf Länderclustern sind Alter, Bildung und Geschlecht Plattformen, auf denen die Chancen ungleich verteilt werden. Langfristig aber wird Bildung wohl zum wichtigsten Kriterium, das AkademikerInnen oder „White-Collar-Workers“ insgesamt zu Gewinnern macht, obwohl auch sie nicht mehr vor Teilzeitarbeit und kurzfristigen Karriereknicks gefeit sind. Beim Berufseinstieg sind Bildungsschwache zwar leicht im Vorteil, weil ihnen oft zügiger Arbeit angeboten wird – jedoch wird diese auch schneller vernichtet. Auf Dauer stellen Unqualifizierte das „Bildungsproletariat“, das chancenlos bleibt in einer „Weltgesellschaft“, die von der Suche nach Innovationen und neuen Technologien, die zusätzliche Verwertungsmöglichkeiten eröffnen, angetrieben wird. Dass Wissenslücken zu erbarmungslosen Karrierefallen werden, erfahren zunehmend auch ältere ArbeitnehmerInnen, die vielfach mit den Turbozyklen der Informationstechnik nicht mithalten können. Ältere Erwerbstätige sind mit einem gravierenden Widerspruch konfrontiert: So kennt der Arbeitsmarkt zwar keine Altersgrenzen mehr, behindert aber implizit den Zugang für Ältere.

„Unsere Analysen zeigen, dass die globale Entwicklung die Ungleichheiten noch vertieft“, resümiert Blossfeld. Und anders als das romantische Bild des „globalen Dorfs“ suggeriert, würden sich auch Lebensverlaufsmodelle nie ganz angleichen: „Gerade weil gewachsene Systeme in einer entgrenzten Gesellschaft Sinn und Identität stiften“, vermutet der Forscher.

Quelle: Christian Jung: Ungleiche Chancen fixieren Lebensläufe. Pressemitteilung der VolkswagenStiftung vom 7.7.2006

Globalisierung sichtbar gemacht

Im Juni 2006 wurde im Museum Arbeitswelt in Steyr die Ausstellung „Working_world.net“ eröffnet, die sich den gegenwärtigen Veränderungen in der Arbeitswelt und deren Auswirkungen auf die Menschen widmet. Josef Weidenholzer und Bettina Leibetseder führen in Form eines essayistischen Rundgangs durch das Ausstellungsgeschehen.

Die Globalisierung ist in aller Munde. Ihre Auswirkungen betreffen das alltägliche Leben der Menschen ebenso wie deren Vorstellungen über die nähere oder fernere Zukunft. Vieles bleibt unverstanden und verängstigt deshalb. Wesentliche Fundamente, auf die die Menschen bisher vertrauensvoll setzen konnten, sind ins Wanken geraten.

Vor allem die Arbeitswelt ist nicht mehr das, was sie Jahrzehnte lang war: ein die menschliche Existenz positiv bestimmendes Element. Die gegenwärtige Sinnkrise ist vor allem auch eine Krise der Arbeitsgesellschaft. Dass diese darunter leidet, dass ihr der zentrale Stoff, die Arbeit, ausgeht, ist zum bestimmenden Merkmal ihrer gegenwärtigen Entwicklungsstufe geworden. Wie eine chronische Krankheit den menschlichen Körper in Mitleidenschaft zieht,

schwächt die Arbeitslosigkeit das gesellschaftliche Gefüge. Dieses hat bereits schweren Schaden erlitten.

Eine Ausstellung, die sich zum Ziel setzt, den Menschen verwertbare Einsichten in diese Zusammenhänge zu ermöglichen, indem sie eine Zusammenschau über die massiven Veränderungen der Arbeitswelt in den letzten zwanzig Jahren gibt, wie sie bislang noch nie versucht wurde, hat daher neue Maßstäbe zu setzen. Es ist das erklärte Ziel, die Problematik der sich verändernden Arbeitswelt möglichst erlebnisreich zu präsentieren. Nicht die Vitrine ist das primäre Gestaltungsmittel, vielmehr beflügelt ein kombinierter Medieneinsatz von Videos und Fotos, Textanimationen und Rauminstallationen die Phantasie des Publikums.

Die konzeptionelle Ausrichtung der Ausstellung beruht nicht mehr auf einer linearen Erzählung, wie das für die literarische Aufarbeitung des Themas immer noch zutrifft. Vielmehr liegt ihr die Metapher des Netzwerkes zugrunde, an das die Besucher/innen überall und jederzeit anknüpfen können. Das Ziel ist es, ein dichtes (Sinn-)Gewebe zu schaffen, innerhalb dessen sich die Besucher/innen die Bedeutung des gegenwärtigen Wandels erschließen können.

Daher gibt es auch keine empfohlene Wegführung durch die Ausstellung, mit einer einzigen Ausnahme: Es erscheint sinnvoll, den Besuch der Ausstellung mit einem Rückblick in die industrielle Arbeitswelt zu beginnen. Daneben wird in weiteren neun Räumen (welt-



Die Welt bei Nacht: Die Lichter, die der NASA-Satellit von der Erde eingefangen hat, führen zu den wirtschaftlichen Zentren. Vor allem Süd-Ost-Asien, Europa und Nordamerika sind hell erleuchtet. Der Rest der Welt liegt fast ganz im Dunkeln, nur vereinzelt zeugen Punkte von größeren Städten und Agglomerationen. Quelle: Museum Arbeitswelt Steyr (MAW)



Globale Arbeitsteilung: Fünf parallel geschaltete Dokumentarfilme zeigen Menschen auf fünf Kontinenten, die alle – in verschiedenen Funktionen – an einem gemeinsamen Produkt arbeiten: einem Mobiltelefon. Quelle: MAW

weite Arbeitsteilung, Mobilität von Menschen und Kapital, Sozialstaatsmodelle, Börse, Unternehmensorganisationen, neue Arbeitsformen, Strukturwandel in Steyr, Bürowelten und Zukunftslabor) über das Woher und Wohin der Arbeitsgesellschaft informiert.

Weltweite Arbeitsteilung

Der Raum selbst ist leer und dunkel. Fünf Dokumentarfilme, die in einer Endlosschleife zeitlich und räumlich parallel laufen, erhellen ihn. Fünf Menschen werden einen Werktag lang von einer Kamera begleitet. Sie sind in unterschiedlichen Branchen auf verschiedenen Kontinenten tätig, arbeiten aber gemeinsam an einem Produkt, dem Mobiltelefon. Zentrale Installation der Ausstellung ist die Darstellung der weltweiten Arbeitsteilung. Dies veranschaulicht den Kern der Globalisierung: die Ausweitung der transnationalen Arbeitsteilung und deren Eindringen in fast alle Lebensbereiche. Die Internationalisierung der Wirtschaft verstärkt die wechselseitigen Abhängigkeiten, indem sich Regionen auf besondere Aufgaben spezialisieren. Es entsteht eine entsprechende Differenzierung der Zuständigkeiten, weil bestimmte Regionen jeweils über geeignete Arbeitskräfte, Kostenvorteile und/oder Rohstoffe verfügen.

Die unterschiedliche ökonomische Stärke der Regionen wird durch die Globalisierung verschärft. So genannte Entwicklungsländer mit niedrigen Lohnkosten sind für arbeitsintensive Prozesse mit mehr oder weniger qualifizierten Menschen zuständig. In den Sonderwirtschaftszonen Chinas werden Massenkonsum-

güter für die ganze Welt produziert. Afrika baut die dafür notwendigen Rohstoffe ab. Dagegen sind früh industrialisierte Länder des Westens im Bereich der wissens- und technologieintensiven Produktionen führend. Immer häufiger erwerben aufstrebende Industrieländer deren Kompetenzen, wie das rasante Wachstum der Softwareentwicklung in Indien zeigt.

Durch Informations- und Kommunikationstechnologien werden nicht nur Produkte, sondern auch Dienstleistungen in den globalen Prozess miteinbezogen. Der Transport in Österreich und das Design von Mobiltelefonen in Los Angeles sind wie alle anderen Produktionsschritte von der Vernetzung abhängig. Die Globalisierung bestimmt den Arbeitsalltag von allen fünf dargestellten Personen.

Den Abschluss des Raumes bildet die Welt bei Nacht. Die Lichter, die der NASA-Satellit von der Erde eingefangen hat, führen zu den wirtschaftlichen Zentren – Süd-Ost-Asien, Europa und Nordamerika sind hell erleuchtet. Der Rest der Welt liegt fast ganz im Dunkeln, nur vereinzelt zeugen Punkte von größeren Städten. In Afrika sind nur die Nil-Region und das Gebiet um Johannesburg als Metropolen erkennbar.

Mensch und Kapital – Mobilität grenzenlos

Menschen und Kapital sind in der Globalisierung mit äußerst unterschiedlichen Voraussetzungen konfrontiert. Das Kapital kann barrierefrei wandern, um kurzfristig bessere Verwertungszusammenhänge zu finden, da die meisten Handelshemmnisse sukzessive



Zwischen Tradition und Moderne: Menschen in Uzhgorod, West-Ukraine. Quelle: MAW

abgebaut wurden. Häufig führt diese Bewegung zur Entleerung einstmals bedeutsamer Regionen, etwa in Detroit, der Geburtsstadt des Fordismus. Hier wurde das Automobil zum Massenprodukt. Die Stadt war jahrzehntelang Symbol der modernen Konsumgesellschaft und des Fortschritts. Heute erscheint uns die Stadt als Inbegriff der Entindustrialisierung, sie ist zerstört und sich selbst überlassen. Die verbliebene Bevölkerung ist verunsichert und apathisch. Nur wenige gehen einen eigenen Weg und entwickeln neue Formen wirtschaftlicher Aktivität, die zumeist wenig mit dem zu tun haben, wofür die Stadt bekannt war. Der künstlerische Beitrag von Ingo Vetter und Annette Weisser zeigt Portraits von fünf Menschen, die sich gegen die Entleerung und fortschreitende Marginalisierung dieser Stadt wehren. Die inmitten der Industriebrachen zivilgesellschaftliche Initiativen starteten, etwa eine Schule, die schwangere Jugendliche ausbildet, eine landwirtschaftliche Kooperative, eine Suppenküche. Auch die zwei Künstler/innen begannen ein Projekt. Eine Holzwerkstatt wurde aufgebaut und die sogenannte Ghettopalme lieferte den Rohstoff für die Produktion. Der Götterbaum (lat. *ailanthus altissima*), der ursprünglich nur in China beheimatet war, breitet sich auf den Industriebrachen rasch aus. Widerstandsfähig und geringe Ansprüche auf die Bodenqualität stellend, ist der Baum bestens für die teilweise stark kontaminierten Flächen in Detroit geeignet. Aus den getrockneten Stämmen wurden in Anlehnung an die chinesische Medizin Gefäße gedreht, in denen Wasser die heilenden Inhaltsstoffe herauslösen kann. Die Außenform der Gefäße

stellen Statistiken von Detroit dar: Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosen- und Kriminalitätsrate, Schwangerschaften von Jugendlichen werden so für die Besucher/innen begreifbar. Wie in der chinesischen Medizin, so die Hoffnung der Künstler/innen, soll das wirtschaftliche Potential des Götterbaums die ökonomische Genesung der ehemaligen Industrieregion fördern.

Uzhgorod in der Ukraine bildet einen Kontrast dazu. Nach dem Zerfall der realsozialistischen Staaten in Europa setzte ein wirtschaftlicher Niedergang ein. Die Menschen wanderten nach Westeuropa, um eine Beschäftigung zu finden. Jetzt aber strömt zunehmend Kapital in die Region und verändert das Leben der Menschen in dramatischer Weise. Eine Fotocollage thematisiert den Wandel für die Menschen. Eine Automobilfabrik bietet für junge und gut ausgebildete Menschen eine Möglichkeit, in ihrer Region bleiben zu können.

Menschen versuchen, ihre Lebenssituation durch Wanderung zu verbessern. Während das Kapital in seinem Verwertungsdrang durch keinerlei Grenzen beschränkt ist, haben es Menschen ungleich schwerer. Viele Staaten riegeln sich hermetisch ab. Ganze Regionen wie Europa im Rahmen der Schengen-Verträge werden zu Festungen: „Fortress Europe“.

Die Menschen kommen aus den armen Teilen der Welt, wo sich wenig Perspektiven für ein persönliches Fortkommen bieten. Viele scheitern, etwa an den Zäunen, die Europa bereits an den Grenzen seiner Ex-

klaven im Norden Afrikas errichtet hat. Manche von ihnen ertrinken beim Versuch, auf teilweise seeuntauglichen Booten das Mittelmeer zu überwinden. Jene, die es schaffen, müssen sich dann komplizierten bürokratischen Verfahren stellen. Die Chance, sich in Europa niederlassen zu können, ist äußerst gering. Matthias Weinzierls Plakat „deportation class“ über der Rolltreppe im Museum weist auf die ungleiche Freiheit von Menschen und Kapital hin.

Neue Arbeitsformen – Zwischen Selbstbestimmung und Unsicherheit

Ein oranger Raum, stimmungsaufhellend und aktivierend. Fünf Ergometer, um eine Säule mit Bildschirmen gruppiert, laden zum Sport ein. Sobald man in die Pedale tritt, fangen die Bilder am Monitor zu laufen an. Die raumfüllende Installation des Dresdener Künstlerduos Reinigungsgesellschaft gibt Einblick in die gegenwärtige „schöne neue“ Arbeitswelt: freie Dienstnehmer/innen im Call Center, polnische Saisonarbeiter/innen in einem Gemüsebetrieb, Reinigungskräfte im Einkaufscenter, selbstständige Masseur/innen am Flughafen, etc.

Hier zeigt sich eine ungleiche Verteilung von Zugängen und Karrieren am Arbeitsmarkt: Zum einen gibt es Menschen, die immer mehr, länger und intensiver arbeiten, zum anderen jene, die immer weniger beschäftigt, in ungeschützten Beschäftigungsver-

hältnissen, im Niedriglohnsektor tätig sind oder gar nicht mehr am Arbeitsmarkt gebraucht werden.

Ebenso ambivalent wirken sich diese veränderten Erwerbskarrieren auf die Arbeitenden aus. Die neuen flexiblen Arbeitsformen bedeuten einerseits eine Chance, da mit dem Aufbrechen alter Erwerbsmuster mehr Selbstbestimmung einhergeht. Andererseits fehlen stabile biographische Elemente, eine vorgezeichnete Karriere bis zur Pensionierung im selben Unternehmen ist nicht möglich. Der Stress und Druck nimmt zu. Eine Work-Life-Balance rückt in weite Ferne und Existenzängste plagen die Menschen.

Steyr – Industrielwelt im Wandel

Es gibt nicht viele Orte in Österreich, wo die Veränderungen in der Arbeitswelt spürbarer sind als in der alten Eisenstadt Steyr, dem Standort des Museums. Mit einer traditionellen Dominanz der Fahrzeugindustrie ist der Raum Steyr eine für die europäische Industriegesellschaft typische Region. Nach einer langen Phase der Prosperität geriet die Steyrer Fahrzeugindustrie in den 1980er Jahren in die Krise. Infolge der vorherrschenden Stellung dieses Industriezweigs war davon die ganze Region betroffen. Mit dem „Kreisky-Auto“, dessen Modell hier ausgestellt ist, wollte die Politik endlich wieder ein nationales Personenkraftfahrzeug produzieren lassen und so für einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Region



Schöne neue Arbeitswelt: Fünf Ergometer laden zum Mitstrampeln ein. Quelle: MAW

sorgen. Die Idee war zwar bereits hinlänglich konkretisiert, kam jedoch letztendlich über das Entwurfsstadium nicht hinaus.

Trotzdem ist Steyr im Unterschied zu anderen Industrieregionen kein Industriefriedhof geworden. Vielmehr hat ein weit reichender struktureller Wandel eingesetzt. An die Stelle eines einzigen dominierenden Unternehmens mit großer Produktionsvielfalt, der Steyr-Daimler-Puch AG, traten mehrere, auf bestimmte Sparten (Motoren, Wälzlager, LKW, ...) spezialisierte Unternehmen. Diese sind allesamt Tochterunternehmen internationaler Konzerne, die hier mehrheitlich auch Forschungs- und Entwicklungsabteilungen unterhalten.

Trotz des traditionell hohen Qualifikationsniveaus haben die Steyrer Arbeitnehmer/innen heute keine Garantie mehr auf einen Arbeitsplatz in einem Unternehmen von der Lehre bis zur Pensionierung. Leiharbeit und andere flexible Arbeitsformen (s.o.) prägen zunehmend das Leben auch in dieser Region.

Globalisierung: mehr als ein Schlagwort

Globalisierung wird nicht als die logische und unabwendbare Folge technologischer Innovation in der Ausstellung präsentiert, sondern als ein Prozess, der aufgrund technologisch induzierter Innovationsprozesse und dem Vordringen neoliberaler Dogmen einen Beschleunigungsschub erfahren hat, der aber von wirtschaftlichen und politischen Akteur/innen bestimmt wird und deswegen auch veränderbar und beeinflussbar ist. Ein Beispiel dafür ist die Etablierung der Welthandelsorganisation (WTO). Nach dem zweiten Weltkrieg nahmen gerade 23 Länder an der ersten GATT-Handelsrunde teil, das erste General Agreement



Modell des AM 2, des sogenannten "Kreisky-Autos", von Hugo Lenhard-Backhaus und Arno Grünberger, Quelle: MAW

on Trade and Tarifs hatte nur eine Zollsenkung zum Ziel. Rund fünfzig Jahre später wurde daraus die WTO. Mit 150 Mitgliedsländern wird gegenwärtig in der Doha-Runde über weitere Liberalisierungen im Agrar- und Dienstleistungsbereich, über Urheberrechte, Handelsvereinfachungen, Anti-Dumping-Maßnahmen und Subventionen, Umweltschutz sowie Bestimmungen für die Vereinbarungen der regionalen Freihandelszonen verhandelt.



Matthias Weinzierls Plakat "deportation class" weist auf die ungleiche Freiheit von Menschen und Kapital hin. Quelle: MAW

„working_world.net“ ist eine Ausstellung, welche die Besucher/innen einlädt, sich in die Thematik der Globalisierung zu vertiefen und selbst Aspekte herauszugreifen.

Menschen, die in der Lage sind, Informationen aktiv zu verarbeiten, zugleich ihre eigene Sicht der Dinge einfließen lassen, erleben solch elementare Veränderungen wie den Globalisierungsprozess nicht mehr nur als bloße Bedrohung. Vielmehr erkennen sie auch Gestaltungsmöglichkeiten und Chancen, wie sie mit jeder krisenhaften Entwicklung einhergehen.

*Josef Weidenholzer und Bettina Leibetseder
Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik*

Working_world.net – Arbeiten und Leben in der Globalisierung

Mit der Vernichtung des gesamten Ausstellungsbereichs des Museums Arbeitswelt in Steyr durch die Hochwasserkatastrophe des Jahres 2002 war die Notwendigkeit einer Neukonzeption gegeben. Den Intentionen der Museumsgründer folgend, sollte diese grundsätzliche Neugestaltung das Thema Arbeitswelt wieder in den Mittelpunkt der Darstellung rücken und jenen Zeitraum reflektieren, der seit der Ausstellung „Arbeit/Mensch/Maschine“ vergangen war. Mit „working_world.net“ wird eine in Europa einzigartige Zusammenschau

über die massiven Veränderungen der Arbeitswelt in den letzten zwanzig Jahren präsentiert, die über gegenwärtige Entwicklungen ebenso informiert wie über zukünftige Herausforderungen. Das Museum Arbeitswelt will so zum Ort des internationalen Dialogs über das Woher und Wohin der modernen Arbeitsgesellschaft werden.

Museum Arbeitswelt Steyr
Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr
Tel. 07252 / 77 3 51
www.museum-steyr.at
Öffnungszeiten: ab 5. März 2007 außer Montag
täglich von 09.00 bis 17.00 Uhr

Sozialstrukturelle Folgen globalisierter Finanzmärkte

Geringfügig gekürzte schriftliche Fassung des Vortrags von Professor Friedrich Fürstenberg, gehalten am 30. Oktober 2006 an der Universität Linz

Um die soziale Bedeutung der Finanzmärkte in ihrer gegenwärtigen globalisierten Form erfassen zu können, muss zunächst der Funktionswandel des Geldes dargestellt werden. Es ist üblich, die gesellschaftliche Bedeutung des Geldes von seiner Funktion als Tauschmittel und Wertmaßstab herzuleiten. Es dient als Medium des Austauschs von Gütern und Dienstleistungen, die das wirtschaftliche Fundament der Gesellschaft bilden. Mit der Ausbreitung marktwirtschaftlicher Strukturen dient Geld als generalisiertes Symbol des Tauscherts nicht nur der individuellen Handlungsorientierung, sondern wird auch Orientierungsmaßstab in allen Austauschbeziehungen. Dadurch wirkt es, wie Georg Simmel umfassend gezeigt hat, bewusstseinsbildend und repräsentiert als Wertsymbol einen materialistischen Hedonismus.

Die gesellschaftliche Bedeutung des Geldes ist aber nicht auf seine Funktionalität bei der Einleitung und Durchführung von Tauschakten beschränkt. Seine Eigenschaft als liquides Kapital, das freie Verfügungsmacht repräsentiert, strukturiert darüber hinaus die sozialen Handlungsfelder mit Marktbezug. Wer über Geld und Kredit verfügt, besitzt damit eine Liquiditätsreserve, die jederzeit in wirtschaftlichen Trans-

aktionen eingesetzt werden kann und für deren Inanspruchnahme seitens der Kreditnehmer auch ein Preis gezahlt wird. Geld ist also auch eine Ware sui generis und ihr Besitz stellt ein sehr reales Machtpotenzial dar. Dies bedeutet aber nicht, dass es eine eigene Handlungsfähigkeit besitzt. Diese ist an Akteure mit Bedürfnissen, Interessen und Werten (Überzeugungen) und ihre Einbettung in Sozialstrukturen gebunden. Es stellt damit ein generalisiertes Handlungspotenzial dar, das für beliebige Zwecke frei verfügbar bleibt, und zwar zunehmend raum-zeitlich entgrenzt. Die damit einher gehenden Strukturwandlungen von Handlungsfeldern und Handlungsorientierungen bedingen gesellschaftliche Steuerungsprobleme, die im Hinblick auf globalisierte und zunehmend virtuelle Finanzmärkte erörtert werden sollen.

Der sich abzeichnende Bedeutungswandel des Geldes im Spätkapitalismus lässt sich also nicht mit einem Rekurs auf das Alltagsverständnis „des Geldes als solches“, seine Bindung an den Realaustausch von Gütern und Dienstleistungen erfassen. Das Eindringen in zunehmend abstrakter werdende, ja sogar virtuelle Systemzusammenhänge ist erforderlich. Darin manifestiert sich ein Formwandel gesellschaftlicher Prozesse, die sich unter dem Einfluss des Geldes immer weniger in unmittelbar personalen Interaktionen abbilden.

Differenzierung der Geldformen und Finanztransaktionen

Die Entwicklung wird ermöglicht durch eine explosive Proliferation des Geldes als „fiktives Kapital“ (Marx, MEW 25, 481ff) in unterschiedlichsten Formen und damit auch durch die Schaffung virtueller Finanzmärkte ohne einsichtige Bindung an den Warenaus-

tausch. In diesem Zusammenhang hat Baudrillard den Begriff des Viralen (Geldes) geprägt (1992, 11, 38f). Dennoch haben diese reinen Geldtransaktionen durchaus über die Verteilung von Verfügungsrechten „reale“ Folgen für das menschliche Zusammenleben, die ohne sie nicht eingetreten wären. Beispiele zeigt die Analyse der mittlerweile zahlreichen Finanzkrisen.

Die traditionellen Erscheinungsweisen des Geldes als Bar- und Giralgeld, über das entweder als Eigenbesitz oder als Kredit verfügt werden kann, werden durch vielfältigste Formen liquider Geldanlagen mit Zinserträgen ergänzt. Ein Beispiel für diese immer bedeutender werdenden Bargeldsurrogate ist neben der Errichtung verschiedenartiger Fonds für übliche Wertpapiere der Handel mit sogenannten Derivaten als Anlage von Sparguthaben in Zertifikaten mit Garantien und attraktiven Renditen bei jederzeitiger Verfügbarkeit am Geldmarkt. Fast 60.000 dieser Wertpapiere sind an der Börse notiert, insgesamt sollen es schon 80.000 verschiedene Produkte sein. Hierzu gehören neben den traditionellen Aktien- und Anleihenfonds auch Fonds für praktisch alle handelbaren Vermögenswerte, wie Immobilien, Rohstoffe, Agrarprodukte und Kunstwerke sowie Wetten auf die zukünftige Wertentwicklung z.B. von Börsenindizes (DAX) und neuerdings diversifizierte Portefeuilles als Hedgefonds, die von einzelnen Marktsegmenten unabhängige Multi-Strategien ermöglichen.

Das Geld ist also über derartige Anlageformen ein äußerst wichtiges Instrument der Kapitalmobilisierung und der Risikoabsicherung für Besitzer von Geldvermögen. Damit wurde aber auch ein systemisches Netzwerk für globale Finanztransaktionen mit erheblichem Eigengewicht der Kommunikationsstrukturen und Handlungssequenzen etabliert. Dessen gesellschaftliche Auswirkungen müssen näher untersucht werden.

Als besonders nachhaltig haben sich die Folgen einer weitgehenden Liberalisierung bzw. Deregulierung der internationalen Finanzmärkte erwiesen. Grenzüberschreitende Geld- und Kapitaltransaktionen, auch mit hohem Volumen, sind an sich ein Merkmal kapitalistischer Wirtschaftsformen und das Phänomen wurde insbesondere seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im Rahmen der Imperialismus-Forschung ausführlich untersucht (Hobson 1902, Sternberg 1926), (...) später dann insbesondere im Zusammenhang (...) mit der Weltwirtschaftskrise, die ja als Krise der Finanzinstitutionen begann. Damit verband sich die Erkenntnis, dass internationale Finanztransaktionen einerseits im Rahmen kapitalistischer Wirt-

schaftsordnungen funktional sind und sowohl die Flexibilität als auch die Rentabilität der Kapitalallokation steigern können, also unabdingbare Voraussetzungen einer funktionsfähigen Weltwirtschaft sind. Andererseits wurde deutlich, dass diese Finanztransaktionen auch als Mittel zur Erlangung und Erhaltung wirtschaftlicher Macht dienen und dass sie vielfältige Abhängigkeitsverhältnisse begründen.

Globale Finanztransaktionen treten gegenwärtig neben der Abwicklung des Güter- und Dienstleistungsaustauschs vor allem als Management von Liquiditätsreserven, als spekulative Geldanlagestrategien und als Finanzierung grenzüberschreitender Investitionen, auch zum Aufbau von Firmennetzwerken, in Erscheinung. Sie sind dementsprechend mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Folgewirkungen verbunden.

Liquiditätsreserven und ihre Anlage

Ungleichgewichte in der Handels- und Zahlungsbilanz der USA haben zu einer inflationären Ausweitung der Währungsreserven insbesondere der ost- und südostasiatischen Staaten geführt, die zu einer Anlage mit optimal erzielbaren Zinserträgen drängen. In erheblichem Ausmaß finanzieren die USA ihren zweifellos konjunkturfördernden Nachfrageüberhang am Weltmarkt nicht durch vermehrte Exportanstrengungen und eine Beschränkung der Importe, sondern vor allem durch ein außenwirtschaftliches deficit spending. Weltweit wuchsen hauptsächlich hierdurch die offiziellen Devisenreserven der Zentralbanken von 1,2 Billionen US-Dollar im Januar 1995 auf 4,0 Billionen US-Dollar im September 2005. (...) Japan und China verfügen über 40 Prozent dieser Reserven. Einen weiteren großen Anteil halten die Öl exportierenden Staaten, neuerdings in so genannten Ölfonds. (...) Ein erheblicher Teil der damit geschaffenen Liquidität wird zur Anlage in US-Schatzanleihen und damit zur Finanzierung des US-Handelsdefizits verwendet, das 2004 annähernd 5,5 Prozent des Brutto-sozialprodukts (641 Mrd. US-Dollar) ausmachte. 2004 kauften ausländische Notenbanken Schatzanleihen in Höhe von 290 Milliarden US-Dollar, den Rest finanzierten private Investoren. (...) Dieser erhebliche privatwirtschaftliche Anteil an der Finanzierung des US-Defizits entzieht sich in seiner Verwendung der staatlichen Kontrolle.

Ein besonderes Risiko ergibt sich aus der Bindung von internationalen, in der Form von US-Wertpapieren langfristig gehaltenen Liquiditätsreserven an den US-Dollar, die Mitte 2004 das Volumen von etwa 5 Bill. Dollar erreichten. Davon waren 63 Prozent in Anlei-

hen und 37 Prozent in Aktien angelegt. Im Juni 2004 entfielen 1,37 Bill. Dollar auf den Euro-Raum, auf Japan 898 Mrd. Dollar, auf karibische Finanzzentren 628 Mrd. Dollar, auf Großbritannien 471 Mrd. Dollar, auf China 322 Mrd. Dollar und auf die Erdöl exportierenden Staaten des Mittleren Ostens 103 Mrd. Dollar (Warnock 2006, 12). Nach einer Modellrechnung von Warnock (2006) würde ein Kursverlust des US-Dollars zu einer Verringerung des Bruttosozialprodukts in den betroffenen Staaten um etwa fünf Prozentpunkte führen (...).

Spekulative Geldanlagestrategien

In den letzten Jahrzehnten haben internationale Finanztransaktionen durch die Erschließung globaler Finanzmärkte ein gigantisches Ausmaß erreicht. Hauptursache ist eine erstmals im Gefolge des Vietnam-Kriegs aufgetretene und dann durch die fortgesetzte Verschuldung der USA gesteigerte Liquiditätsschwemme. Das in der Verfügung über Geld manifeste Machtpotenzial wird in zunehmend globalen und spekulativen Transaktionen eingesetzt, die wirtschaftspolitisch nicht mehr kontrollierbar sind. Von den täglich an den Devisenbörsen gehandelten ca. 1.200 Milliarden US-Dollar betreffen nur 2 bis 3 Prozent die Finanzierung von Handel und Produktion. 97 bis 98 Prozent sind reine Finanztransaktionen (Altvaer in: Stiftung Entwicklung und Frieden 2003,140). Sie dienen dem grenzüberschreitenden Risikoausgleich, also der Substanzerhaltung des Geldkapitals, aber auch seiner möglichen Vermehrung durch Valutagewinne. Steuerungsinstrument ist der Zins als Preis für Liquidität.

Der Trend zur Vermögenssicherung und -vermehrung angesichts zunehmend globaler Risiken führt zur Ausbreitung des weitgehend bindungslosen, mobilen Kapitals in der Form von Geldvermögen, für die durch rasch wechselnden Einsatz an den Finanzmärkten optimale Renditen gesucht werden. Man kann in diesem Sinne von „Metastasen“ des Geldes sprechen, von einem den realwirtschaftlichen Rahmen sprengenden Auswuchern der Geldfunktionen. So stellte z.B. Werner Ehrlicher 1999 fest: „Es ist ... ein monetärer Überbau entstanden, der den Bezug zum realen Sektor weitgehend verloren hat. Die ursprüngliche Funktion, den Handel zu finanzieren und über Zinsbewegungen die optimale Allokation des Kapitals zu fördern, ist heute in den Hintergrund getreten. Die finanziellen Märkte sind zu einem eigenständigen Bereich geworden, der seine Zielstellung weitgehend in sich selbst sucht, nämlich über den Handel mit Geld möglichst schnell möglichst viel Geld zu verdienen“ (55).

Besondere Bedeutung für die Jagd nach Renditen haben gegenwärtig die Hedge-Fonds, die mit riskanten Spekulationen überdurchschnittliche Renditen zu erzielen versuchen. Das Kapital stammt zu erheblichen Teilen von institutionellen Anlegern wie Pensionsfonds und Versicherungen. Nach Angaben des US-Datendienstleisters Hedge Fund Research (HFR) verwalten die weltweit 9.000 Hedge-Fonds 1.225 Mrd. Dollar. Allein von April bis Juni 2006 betrug der Mittelzufluss 42 Mrd. Dollar. Hierdurch wird eine schwieriger, aber intensiver werdende Suche dieser „Heuschrecken“ nach geeigneten Renditeobjekten ausgelöst, die zur weiteren Dynamisierung der Finanzmärkte beiträgt.

Die Finanzierung von Firmenübernahmen und Firmennetzwerken

Eine dritte Hauptfunktion globaler Finanzmärkte besteht darin, das Produktiveigentum transnational zu mobilisieren und auf diese Weise den Aufbau von Firmennetzwerken durch Firmenübernahmen (Takeovers) und -zusammenschlüsse (Mergers) zu ermöglichen. (...) Der Schwerpunkt lag lange Zeit in den angelsächsischen Ländern. (...) Seit etwa 1990 hat sich aber die Struktur deutlich verändert. Kontinental-europäische Firmen sind genau so aktiv. Neu ist auch das Wachstum des Transaktionsvolumens. Im Zeitraum 1993-2001 fanden nach Angaben der Thomson Financial Securities Data 87.804 Transaktionen in Europa einschließlich Großbritanniens statt, gegenüber lediglich 9.958 im Zeitraum 1983-1989. Das Finanzvolumen hat sich im Vergleichszeitraum verachtfacht. Technisch gestützt wurde dieser Prozess durch die Gründung der EU und die Einführung des Euro. Einen erheblichen Anteil haben die Privatisierungsprozesse, in Osteuropa als Folge des Übergangs zur Marktwirtschaft, in Westeuropa als Versuche, die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Hierzu gehören auch der Verkauf von kommunalen Versorgungsunternehmen und deren anschließende Nutzung im Rahmen von Leasing-Verträgen. (...)

Die Konstituierung und das rasche Wachstum eines Private-Equity-Marktes sind mit der Herausbildung eines speziellen Zweigs von Finanzdienstleistern, den Private-Equity-Firmen verbunden. Sie sammeln außerbörslich Beteiligungskapital und legen auch Investitionsfonds auf, um Firmenübernahmen zu finanzieren, denen allein Renditeüberlegungen zugrunde liegen. Eine Strategie besteht darin, bei Unternehmen, die durch Schuldenaufnahme in Bedrängnis geraten waren, durch Kauf von Krediten die Kontrollübernahme einzuleiten. Transaktionen in zwei-

stelliger Milliardenhöhe werden problemlos getätigt, wenn nötig über Kaufgemeinschaften, wie der 13 Mrd. Euro teure Kauf der dänischen Telefonfirma TDC. (...) Als Gegenstrategie versucht das Management übernahmeverdächtiger Unternehmen den eigenen Aktienkurs möglichst hoch zu halten, also den Aufkauf zu verteuern. Dies geht aber in der Regel nur über die Steigerung der Gewinnerwartungen, was zu einer Übergewichtung entsprechender Rationalisierungsmaßnahmen führt.

Da die Investments der Private-Equity-Firmen laufend der Marktentwicklung angepasst werden, können sie zu spektakulären und kurzfristigen Veränderungen von Eigentumsstrukturen und damit verbundenen regions- und branchenspezifischen Wohlstandsdomänen führen. Die Maxime „Eigentum verpflichtet“ hat nur noch eingeschränkte Geltung. Denn an die Stelle längerfristiger Bindungen der Kapitaleigner an ihre Investitionen im Rahmen überschaubarer und auch verlässlich regulierbarer wechselseitiger personeller Verflechtungen treten oft hoch volatile Engagements institutioneller Investoren mit einem Portfoliomanagement nach reinen Renditegesichtspunkten.

Zwar werden als positive Auswirkungen der „Turborestrukturierer“ (Financial Times vom 4.7.06) ertragssteigernde Synergieeffekte und die Korrektur von Management-Fehlentscheidungen genannt. Es gibt aber auch Beispiele für die Mitnahme kurzfristiger Veräußerungsgewinne und die Erzielung von Erträgen durch die Abwicklung des erworbenen Unternehmensvermögens und die Auswertung seiner Bestandteile. Dies hat in der Regel negative Auswirkungen auf die Stakeholder: Verlust von Arbeitsplätzen und Qualifikationen sowie Standort- und Infrastrukturabwertung. So wird die Verantwortung für Wirtschaftsentscheidungen seitens der Besitzer liquiden Kapitals eingeschränkt und die Auswirkungen auf Betroffene treten hinter dem reinen Verwertungskalkül zurück.

Finanzkrisen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen

Das spektakulärste Beispiel für die Krisenanfälligkeit globaler Finanzmärkte sind die Schuldenkrisen, von denen seit den 80er Jahren die Schwellenländer heimgesucht wurden. Extrem steigende Zinssätze, die Aufwertung des US-Dollar und ein steigender Erdölpreis haben zusammen mit bedenkenlosen Kreditausweitungen und interner Misswirtschaft bei politischer Instabilität dazu geführt, dass eine massive Kapitalflucht einsetzte und Staaten illiquide wurden: Polen im Dezember 1981, Mexiko im August 1982 und dann

1994, die schwere Asienkrise 1997, 1998 Russland, 1999 Brasilien und die Türkei, 2001 Argentinien. Die Folgen für die Wirtschafts- und Sozialstruktur der betroffenen Staaten waren dramatisch. In Mexiko kam es zu einer Währungsabwertung von etwa 50 Prozent innerhalb weniger Tage. Die Kosten der Bankenrestrukturierung belasteten die Bevölkerung mit einem Verlust von fast 20 Prozent des BIP. Im Jahr nach der Finanz- und Bankenkrise fiel das mexikanische BIP um 7 Prozent, der private Verbrauch ging um 17 Prozent zurück und die Investitionen sanken um 30 Prozent. Eine Studie der Weltbank ermittelte für den Zeitraum von 1978 bis 1999 insgesamt 114 Krisen des Bankensystems in 93 Ländern und 51 Krisen einzelner Banken in 41 Ländern (Caprio/Klingebiel 2003).

Die Sanierung mittels internationaler Hilfspakete (...) wurde an Umschuldungsvereinbarungen geknüpft. Deren Ziel ist die Wiederherstellung der Fähigkeit zum Schuldendienst. Sie finden wegen ihrer den Lebensstandard der ärmeren Bevölkerungsschichten zunächst senkenden Auswirkungen immer wieder vehemente Kritik.

Hinzuweisen ist auch auf die Banken Krisen (Bankgesellschaft Berlin, BAWAG Wien), die durch Fehleinschätzung der Risiken globaler Finanzengagements immer wieder entstehen. Sie bekunden einen spektakulären und risikoreichen Orientierungswandel bei den Geldanlage-Strategien, die sich in Einzelfällen weit von den üblichen und beherrschbaren Geschäftsbereichen entfernt haben.

Angesichts derartiger Fehlentwicklungen wird immer wieder gefordert, die internationalen Finanzmärkte in ein funktionsfähiges Normen- und Kontrollsystem, in eine „internationale Finanzarchitektur“ einzubinden. Ansätze hierzu bildet der so genannte, vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank entwickelte „Washington-Konsens“ von 1990. Danach müssen sich zur Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit die Schuldnerländer zur rigorosen Haushaltsdisziplin, zu einer Steuerreform, zu hohen Zinsen, zu exportfördernden Wechselkursen, zu einer Handelsliberalisierung, zur Verbesserung der Konditionen für ausländische Investoren (Rechtssicherheit, Minimierung staatlicher Auflagen), zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen, zu Deregulierung und zum Abbau staatlicher Einflussnahme verpflichten. Evaluationen der Wirksamkeit derartiger Reformkonzepte, die in nahezu alle Politikbereiche eingreifen, gelangen allerdings zu dem Schluss, dass etwa 40 Prozent der IWF-Programme während der Laufzeit abgebrochen werden und ein gleich hoher Anteil der

vereinbarten Bedingungen von den Kreditnehmern nicht eingehalten wird. Auch sind die Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Lebensstandard eher negativ (...). (Dreher 2006).

Die Kreditvergabe der Banken soll durch das Abkommen Basel II an Mindestnormen der Kapitaldeckung gebunden werden, die das Risiko der Illiquidität und Insolvenz entscheidend vermindern können. Auch wird versucht, das Gebaren der Investmentfonds, insbesondere der Hedgefonds, an Risiko beschränkende Konventionen zu binden, die von der Bankenaufsicht kontrolliert werden. Es hat sich jedoch erwiesen, dass weiterhin regelungsfreie Zonen und Bereiche bestehen. Auch verringert sich angesichts global operierender Finanznetzwerke das Regelungspotenzial der Nationalstaaten dramatisch und die Initiativen transnationaler Zusammenschlüsse und Organisationen bieten vorerst keinen Ersatz.

Soziale Auswirkungen globalisierter Geld- und Kapitaltransfers

Es fehlt nicht an individual- und sozialetischen Handreichungen für den richtigen Umgang mit Geld, der allerdings zwischen der Scylla eines konjunkturpolitisch unerwünschten exzessiven Sparens und der Charybdis fremdbestimmten Konsumterrors nur schwer für alle Lebenslagen fixierbar ist. Dennoch wird der Anschein erweckt, persönliche Entscheidungen könnten in der "Wahlurne des Marktes" (Ludwig von Mises) globale Prozesse neutralisieren oder durch die "große Weigerung" (Herbert Marcuse), exzessiv zu konsumieren, die gesellschaftliche Wende herbeiführen. Die "Sozialisation" des Geldes ist nicht auf der Ebene des Individualverhaltens zu erreichen, sondern erfordert einen institutionellen Rahmen, wie Werner Sombart frühzeitig mit seiner Forderung nach einer "Zähmung des Riesen Kapitalismus" erkannte. Es geht um nichts weniger als um eine "Resozialisation" insbesondere des Finanzkapitals, um seine Einbindung in von Menschen verantwortete Sozialstrukturen.

Der Trend zur weltweiten Marktöffnung und Marktverflechtung hat strukturelle Entgrenzungen des Wirtschaftshandelns und seiner institutionellen Rahmenordnungen bewirkt. Der Widerspruch zwischen zwei gesellschaftspolitischen Paradigmen zur Steuerung von Wirtschaftsprozessen wird offenkundig. Vorrang hatte bisher der Staat als Hüter des Gemeinwohls durch eine - wenn auch als Kompromiss ausgehandelte - Sicherung des sozialen Ausgleichs gegenüber der Optimierung von Rentabilität und Produktivität aus privatwirtschaftlicher Sicht. Diese Pri-

oritäten haben sich umgekehrt. Vorrang haben ertragssteigernde Marktstrategien. Nur hierdurch scheint sich auch Spielraum für sozialverträgliche Absicherungen zu eröffnen. Dem Staat kommt im Wesentlichen eine Förderungs- und eine Korrekturfunktion zu. Er soll das Produktivitäts- und Innovationspotenzial der Wirtschaft fördern und Fehlentwicklungen korrigieren, jedoch ohne die Marktstrukturen außer Kraft zu setzen. Die Auseinandersetzung über die Prioritäten findet allerdings vor dem weiterhin bestehenden Hintergrund institutioneller, also rechtlich fixierter Regelungen statt.

Den Interessen der institutionellen und privaten Besitzer von Geldvermögen entspricht das Entstehen einer Funktionärsschicht von Verwaltern riesiger Potenziale von Verfügungsmacht, deren Strategien sich an der Verwertbarkeit von jederzeit in Geld wandelbaren Kapitalanlagen orientieren. (...)

Die neuen Mechanismen von Erwerb und Transfer wirtschaftlicher Macht bedingen auch eine neue Qualität wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Die Sorge um unkontrollierbare Geld- und Kapitalabflüsse fördert einen entsprechenden interregionalen und zwischenstaatlichen Wettbewerb, in dem staatliche Instanzen den möglichen Investoren Konzessionen machen, z.B. durch Steuervergünstigungen. Darüber hinaus findet eine transnationale Ausbreitung hegemonialer Finanzstrukturen statt, die durch einzelstaatliche Kontrolle und durch demokratische Prozesse bisher nicht steuerbar sind.

Damit einher geht ein Wandel gesellschaftlicher Orientierungen. Nahegelegt wird der Bevölkerung angesichts einer relativen Abwertung des „Arbeitsvermögens“ durch zunehmend globalisierte Kapitalumschichtungen der Aufbau von Geldvermögen auf breiter Basis zur Risikoabsicherung und Erzielung alternativer Einkommen. So empfiehlt Hans-Werner Sinn (2004): „Der einzige Weg, den ich sehe, diese Einkommensverluste (durch Outsourcing und Offshoring; Anm. d. Verf.) zu verringern, liegt im Sparen. (...) Zu den Lohneinkommen muss ein Kapitaleinkommen als Einkommensquelle hinzutreten.“

(...) Gerade diejenigen, die das Sparen am nötigsten hätten, sind hierzu jedoch immer weniger in der Lage. Leitbild ist auch nicht das herkömmliche Sparverhalten, sondern eine spekulative Anlage in Fonds mit weithin fiktiven Ertragserwartungen. Wirtschaftsbezogenes Verhalten erhält damit tendenziell den Charakter von Wetten. Rationalität wird im „Casino-Kapitalismus“ auf die Berechnung von Chancen reduziert.

Nun gibt es zweifellos Gesellschaftssegmente, in denen diese Veränderungen im wirtschaftlichen Machtgefüge eher indirekt und diffus wahrgenommen werden und kausale Betroffenheit im negativen Sinne daher nicht nachvollziehbar ist. So zeichnet sich eine polarisierte Bewusstseinsstruktur ab: einerseits die Denkgewohnheiten der Virtuosen im Umgang mit geldmäßigen Verfügungspotenzialen und ihre Klientel, andererseits die Wirtschaftssubjekte mit traditionsorientiertem Erwartungshorizont einer statusgemäßen Lebenssicherung. Von letzteren wird „Vertrauen“ erwartet, das durch „vertrauensbildende Maßnahmen“ zu stärken ist. Hierzu gehören aber die Kontinuität von Erfahrungen und die Vorhersehbarkeit von Handlungsfolgen. Dies kann ein von globalen Finanzmärkten beherrschtes, extrem volatiles Geldsystem nicht leisten. (...) Der Widerspruch zwischen der riskanten Verwertung von Liquiditätsreserven einerseits und dem Sicherheitsstreben im Zusammenhang mit langfristiger Lebensplanung andererseits ist vorläufig unauflösbar. Diese wird zunehmend illusionär angesichts umfassend liquiditätsgesteuerter Gesellschaftsprozesse.

Dennoch besteht kein Anlass, sich mit einer dämonisierenden Auffassung vom Geld anzufreunden, die diesem autonome Wirkungen zuschreibt. Es sei zugegeben, dass sie weithin „systemisch“ bedingt sind. Dennoch sind auch Systemzwänge immer noch Her-

ausforderungen, sich ihnen zu unterwerfen, sie zu akzeptieren, sie zu meiden oder sie gar zu beseitigen. Wenn Menschen ihre Handlungsfähigkeit gegenüber dem Geld verlieren, so tragen sie letztlich die Verantwortung dafür und können sich nicht mit dem Hinweis auf eine angebliche Eigengesetzlichkeit oder Neutralität des Geldes exkulpieren. Hinter dieser „Eigengesetzlichkeit“ verbirgt sich nichts anderes als ein oft ungehemmtes und auch lokalisierbares Machtstreben. Es kommt aus sozialwissenschaftlicher Perspektive also nicht nur darauf an, Mechanismen offenzulegen, sondern den Verantwortungsspielraum aufzuzeigen, der modernen Geldformen angemessen ist. Der Weg zur Bändigung des Molochs Geld führt neben der Erlernung von Kulturtechniken zum sachgemäßen und verantwortungsbewussten Umgang mit Geld vor allem über seine Institutionalisierung, seine Einpassung in eine mit der Gesellschaftsentwicklung korrespondierende Geldverfassung. Hierfür gibt es durchaus schon sichtbare Ansätze. Ihre Weiterentwicklung ist vor allem Aufgabe jener, die den Umgang mit dem Geldinstrumentarium verantworten müssen. Sie haben sich hierbei immer wieder zu fragen, inwieweit Handeln, das sich an der Zweckmäßigkeit aus der Sicht des Eigennutzes orientiert, letztlich durch die Sinnbestimmung dieser keineswegs selbstverständlichen Handlungsfreiheit getragen wird (Fürstenberg 1988).

Friedrich Fürstenberg



Professor Fürstenberg (links) mit Uni-Linz Rektor Rudolf Adelt. Foto: Angela Wegscheider

Der Autor war Gründungsprofessor an der Johannes Kepler Universität Linz (1966-1981), anschließend an der Ruhr-Universität Bochum und ab 1986 an der Universität Bonn tätig, wo er 1995 emeritierte. Näheres zu Person und Werk siehe: www.fuerstenberg-soziologie.de

Literatur

- Altvater, E. (2003): Monetäre Krisen und internationale Finanzarchitektur, in: Stiftung Entwicklung und Frieden: Globale Trends 2004/2005. Frankfurt/M: Fischer, 137-155.
- Baudrillard, J. (1990, dt. 1992): Transparenz des Bösen. Ein Essay über extreme Phänomene. Berlin: Merve.
- Caprio, G./Klingebiel, D. (2003): Episodes of Systemic and Borderline Financial Crises. <http://econ.worldbank.org/research>
- Deutscher Bundestag (2001): Zwischenbericht der Enquete-Kommission. Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten. Drucksache 14/6910, 13.9.2001.
- Dreher, A. (2006): Unter falschen Bedingungen. Die bisherige Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds ist erfolglos und oftmals sogar schädlich. In: FAZ vom 15.4.2006, S. 13.

- Ehrlicher, W. (1999): Ökonomische Probleme der Globalisierung, in: Kleineidam, H.J. (Hrsg.): Unternehmenspolitik und internationale Besteuerung. Berlin.
- European Central Bank: The Accumulation of Foreign Reserves. Occasional Paper Series No. 43/Feb. 2006.
- European Investment Bank (2004): Riess, A. (ed.) The Internationalisation of production in Europe. Causes and effects of foreign direct investment and non-equity forms of international production. Luxemburg: EIB Papers Vol. 9,1.
- Fürstenberg, F. (1988): Geld und Geldkritik aus wirtschaftssoziologischer Sicht, in: Reinhold, G. (Hrsg.): Wirtschaftssoziologie. München/Wien: Oldenbourg, 60-73.
- Hobson, J.A. (1902): Imperialism. London/New York.
- Hilferding, R. (1909, 1947): Das Finanzkapital. Berlin: Dietz.
- International Monetary Fund (2006): Global Financial Stability Report. Market Developments and Issues. April 2006. Washington.
- Kawai, M./Newfarmer, R./Schmukler, S. (2001): Crisis and Contagion in East Asia: Nine Lessons. <http://econ.worldbank.org/research>
- Lindblohm, Ch. E. (1983): Jenseits von Markt und Staat. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Martynova, M./Renneboog, (2006): Mergers and Acquisitions in Europe. Finance Working Paper No. 114/2006. Amsterdam: European Corporate Governance Institute.
- Potacs, M. (2005): Globaler Geldmarkt und Europarecht, in: Kellermann, P. (Hg.): Geld und Gesellschaft. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag, 251-266.
- Reich, N. (1977): Markt und Recht. Neuwied-Darmstadt: Luchterhand.
- Sinn, H.-W. (2004): Das Dilemma der Globalisierung. St. Gallen: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen.
- Sternberg, F. (1926): Der Imperialismus. Berlin.
- Stiglitz, J. (2002): Die Schatten der Globalisierung. Berlin: Siedler.
- von Krosigk, F. (1978): Multinationale Unternehmen und die Krise in Europa. Sozialwissenschaftliches Forum Bd. 4. Königstein/Ts.: Athenäum.
- Warnock, F. E. (2006): How Might a Disorderly Resolution of Global Imbalances Affect Global Wealth? IMF Working Paper WP/06/170. Washington: International Monetary Fund.

High-Tech-Sweatshops

Anfang April des Vorjahres fand in Köln das erste Werkstattgespräch in Rahmen des WEED-Projekts „PC global“ statt. Dabei wurden aktuelle Entwicklungen in der globalen PC-Produktion analysiert. In seinem Input gab Florian Becker, freier Mitarbeiter des Projekts, anhand zweier Beispiele einen Einblick in die problematischen Arbeitsbedingungen in der globalen Computer-Industrie.

In der Hardware-Produktion für Personal Computer (PC) finden sich weltweit relativ ähnlich organisierte Produktionsprozesse und Arbeitsbedingungen. Die Herstellung der Geräte und von Komponenten wie Tastaturen, Bildschirmen oder Akkus ist durch arbeitsintensive und zugleich hochtechnologische Fertigungsverfahren bestimmt. Die Produktion und vor allem die Montage von PCs, Notebooks und elektronischen Komponenten finden fast ausschließlich in Niedriglohnländern wie etwa den südostasiatischen Staaten Thailand, Taiwan, Indonesien, Philippinen und Malaysia statt.

Zur angemessenen Beschreibung der Realität der Beschäftigten in diesen Produktionsstätten verwendet Florian Becker den Begriff „High-Tech-Sweatshop“.

Dieser verweist auf die Gleichzeitigkeit von modernen High-Tech-Produktionsverfahren, arbeitsintensiven Fertigungsschritten und Sweat-Shop-Bedingungen, wie sie unter anderem für die globale Textilindustrie bekannt sind. Kennzeichen dieser Produktionsweise sei eine ‚Überausbeutung‘ der Beschäftigten durch ein sehr niedriges Lohnniveau bei Wochenarbeitszeiten von bis zu 70 Stunden. Durchgehend findet sich eine starke Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsbeziehungen. Gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen durch Stress, Arbeitsunfälle und körperlich anstrengende, oft monotone Arbeiten seien in vielen Fabriken an der Tagesordnung und würden durch fehlende oder mangelhafte Arbeitsschutzmaßnahmen begünstigt, kritisierte Becker.

Beschäftigte als Flexibilitätspuffer

Die meisten Produktionsstandorte der PC-Industrie in Entwicklungs- und Schwellenländern sind in Sonderwirtschaftszonen oder Exportproduktionszonen angesiedelt. Gewerkschaften sind dort entweder verboten oder aber die gewerkschaftliche Organisation wird durch die Unternehmen massiv erschwert. Kontrolle der Beschäftigten, Sicherheitsdienste und staatliche Repression würden dazu führen, dass sich fast nirgendwo eine effektive Interessensvertretung der Beschäftigten etablieren kann, so Becker. Durch den Einsatz von Leiharbeit und befristeten Verträgen würden die Arbeitsverhältnisse weitgehend auf Kosten

von Sicherheit und Rechten der Beschäftigten flexibilisiert, Kündigungsschutz und soziale Absicherung würden ausgehöhlt und die Organisierung erschwert. Mehr als 80 Prozent der Beschäftigten in der PC-Hardware-Produktion in Niedriglohnländern sind – zumeist junge – Frauen, viele von ihnen Arbeitsmigrantinnen.

Sie tragen die Kosten des globalen PC-Produktionsmodells, das durch enormen Konkurrenz- und Preiskampf gekennzeichnet ist, dem Markenunternehmen mit einer Flexibilisierung der Produktionsketten und Auftragsbeziehungen begegnen und ihn so zugleich weiter treiben. Florian Becker sieht die Beschäftigten als Flexibilitätspuffer, da die Flexibilität des Produktionsmodells an die Produktionsarbeiterinnen am unteren Ende der Produktionskette abgegeben werde. Die Arbeitszeiten schwanken flexibel je nach Auftragslage, d.h. bei Produktionsrückgängen macht sich existenzielle Unsicherheit breit, während „Stoßzeiten“ eine Erhöhung des Arbeitsdruckes und mehr oder weniger verpflichtende Überstunden zur Folge haben. Oft kommt es bei Auftragsschwankungen zu einer Restrukturierung der Zuliefererkette und infolge dessen zu Entlassungen bei den betroffenen Zulieferbetrieben.

Mexikanisches Silicon Valley

Als Beispiel für die Arbeitsbedingungen in der PC-Industrie führte Florian Becker die Situation in der mexikanischen Stadt Guadalajara an, die auch als das „Silicon Valley Mexikos“ bezeichnet wird. Seit den 1970er Jahren ist die Region zu einem wichtigen Knotenpunkt in der globalen PC-Produktion geworden. Günstige Investitionsbedingungen, niedrige Lohnkosten und die räumliche Nähe zu den USA haben zahlreiche Elektronik- und Computerunternehmen angezogen, die hier Produktionsstandorte errichteten. Während Mitte der 1990er Jahre Investitionen von Elektronikfirmen in Mexiko ihren Höhepunkt erreichten, gingen nach der Krise der IT-Industrie 2001 alleine in Guadalajara über 15.000 Arbeitsplätze in wenigen Monaten durch Standortverlagerungen nach China verloren.

Die PC- und Elektronikindustrie in Guadalajara rekrutiert ihre ArbeiterInnen in der Regel über Leiharbeitsagenturen. Das Gros der Beschäftigten sind junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren, viele von ihnen sind allein erziehende Mütter und als solche auf das Arbeitseinkommen angewiesen. Berichten zufolge würden im Zuge der Anwerbung Schwangere und gewerkschaftlich Organisierte herausgefiltert und nicht eingestellt.

Verdienen würden die ArbeiterInnen, so sie die obligatorischen Überstunden leisten, im Schnitt zwischen 50 und 100 US-Dollar pro Woche – ein Betrag, der Becker zufolge weniger als die Hälfte eines existenzsichernden Einkommens in Mexiko ausmacht. Viele Beschäftigte haben dabei keine oder nur befristete Arbeitsverträge oder sind als LeiharbeiterInnen tätig. Die Einschüchterung gewerkschaftlich Organisierter und die Entlassung von Schwangeren seien durchaus nicht unüblich, berichtete Becker.

„Welt-Computer-Fabrik“ China

Abschließend kam der PC global-Mitarbeiter auf die Situation in China zu sprechen, ein Land, das sich „auf dem Weg zur Welt-Computer-Fabrik“ befinde. Im Jahr 2002 kamen 22 Prozent der Exporterlöse Chinas aus dem PC-Geschäft. In den Fabriken der Region Dongguan nahe Hongkong werden inzwischen fast alle wichtigen Teile von Computern produziert. Alleine im Pearl River Delta, der Region zwischen Hong Kong, Shenzhen und Guangzhou, arbeiten derzeit rund 180.000 Beschäftigte in der IT-Industrie.

In der Produktion von Computer-Hardware arbeiten überwiegend niedrig qualifizierte Beschäftigte, wiederum vor allem Frauen; und hier insbesondere junge Migrantinnen, die aus den ländlichen Gebieten zuziehen. Sie arbeiten zum Teil in Schichten von elf Stunden am Tag, die Wochenarbeitszeiten liegen zwischen 60 und 70 Stunden. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt umgerechnet 54 US-Dollar im Monat, diesen können die ArbeiterInnen in der Regel jedoch nur mit vielen Überstunden erreichen. Viele Frauen haben sich, um Arbeit in der Fremde zu finden, bei Jobvermittlern und Migrationsagenturen verschuldet. Diese Schulden werden sie nun nicht wieder los. Oft wird noch Geld zu den Familien im Herkunftsort geschickt. Die Beschäftigten wohnen in Wohnheimen, die sich zumeist auf dem Fabriksgelände befinden, in Zimmern mit acht bis 14 Betten. Das spart Kosten und erleichtert die Kontrolle für die Arbeitgeber. Etwaige Arbeitskonflikte entzündeten sich insofern oft an Fragen wie der Qualität der Unterkunft und der zur Verfügung gestellten Mahlzeiten.

Weitere Probleme in den PC-Fabriken Chinas sind die hohe Arbeitsbelastung und die Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz: So musste beispielsweise ein Beschäftigter 300 Tastaturen pro Stunde fertigen, ein anderer in jeder Stunde 150 Monitore auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüfen. Bei monotonen Fließbandarbeiten wie in der PC-Endmontage ist eine hohe Bandgeschwindigkeit bei gleichzeitiger persönlicher Kontrolle durch Sicherheitspersonal und Vorar-

beiter an der Tagesordnung. Die Arbeitssicherheit werde nur ungenügend kontrolliert, daher seien Vergiftungen beim Umgang mit gefährlichen Stoffen und Verletzungen weit verbreitet, so Becker. Eine rasche Änderung der Lage sei vorerst nicht zu erwarten: Unabhängige Gewerkschaften und die Organisation der Beschäftigten würden in China unterdrückt und die

staatliche Gewerkschaft ist in Fabriken, die ausländischen Unternehmen gehören, meist nicht vertreten.

Quelle: Florian Becker: Arbeitsbedingungen in der globalen PC-Industrie. Input im Rahmen des Werkstattgesprächs „PC global“ am 12.4.2006 in Köln; www.pcglobal.org

Gefälle bei Arbeitsstandards

Das Institut Arbeit und Technik (IAT) untersuchte die industriellen Beziehungen in Europa und stellte dabei markante Länderunterschiede fest.

Die Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Mitgliedsstaaten habe innerhalb der EU zu einem erheblichen Gefälle bei den Arbeitsstandards geführt. Die Beschäftigten und Gewerkschaften in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern würden mehr politische Flankierung auf EU-Ebene benötigen, damit sie ihre Position in den industriellen Beziehungen ihrer Länder stärken und höhere Arbeitsstandards durchsetzen können. Bei der Erweiterung des Binnenmarktes um weniger fortgeschrittene Volkswirtschaften halte bislang die Verankerung von sozialen und Arbeitsstandards mit der ökonomischen Entwicklung nicht Schritt.

Diese Schlüsse ziehen WissenschaftlerInnen des Gelsenkirchener Instituts Arbeit und Technik (IAT) aus ihren Untersuchungen zur *„Qualität der Industriellen Beziehungen in der EU“*. Erste Ergebnisse des Forschungsprojekts der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin, das vom IAT in Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen Instituten durchgeführt wurde, liegen nunmehr vor.

Index von Arbeitsstandards entwickelt

„In den meisten der neu hinzu gekommenen Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas (MOE) sind die industriellen Beziehungen deutlich weniger koordiniert und institutionalisiert als in einer Reihe kontinental- und vor allem nordeuropäischer Länder der früheren EU-15“, so Steffen Lehndorff, Forschungsdirektor des Schwerpunkts Arbeitszeit und Arbeitsorganisation am IAT. Wie ein von den Autoren entwickelter Index von Arbeitsstandards zeigt, bestehen markante Länderunterschiede, die sich für die meisten

MOE-Länder insbesondere aus der Fragmentierung und Schwäche der Organisationen der Interessenvertretung, der geringeren Tarifbindung, der Betriebszentrierung der Tarifpolitik sowie einer defizitären Streikpraxis ergeben. An der Spitze der Skala liegen Schweden und Belgien mit einem Wert um 90, am unteren Ende Lettland, Litauen und Polen mit einem Wert um 50. Der Index berücksichtigt dabei die Existenz einer betrieblichen oder gewerkschaftlichen Interessenvertretung vor Ort, ob eine Arbeitsinspektion /Gewerbeaufsicht, vorgerichtliche Konfliktlösung („Einigungsstellen“, Schlichtungsinstanzen) sowie eine allgemeine oder eine spezielle Arbeitsgerichtsbarkeit vorhanden sind. Letztere ist z.B. in den MOE-Ländern die Ausnahme. Als materieller Indikator wurden Existenz und Höhe eines gesetzlichen Mindestlohns aufgenommen.

Abwärtsspirale befürchtet

Ein Ansatzpunkt, die Koexistenz und weitere Entwicklung dieser sehr unterschiedlichen Systeme industrieller Beziehungen so zu beeinflussen, dass dem Konkurrenzdruck in Richtung einer Abwärtsspirale standgehalten werden kann, könnte die Vorbildfunktion sein, die der „Westen“ für die großen wirtschaftlichen Veränderungen in den MOE-Ländern hatte und hat, meinen die Autoren. Das „deutsche Modell“, das hohe Arbeitsstandards und stark institutionalisierte Arbeitsbeziehungen mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verbindet, habe in Ländern wie Ungarn, der Slowakei oder Slowenien erhebliche Ausstrahlungskraft.

Allerdings zeigt der Blick auf die Entwicklung der Reallöhne und des Tarifvertragssystems in den letzten Jahren, dass ausgerechnet Deutschland in der Abwärtsspirale eine antreibende Funktion übernommen hat. „Wenn aber diejenigen, die an der Spitze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stehen, an der Demontage ihrer Institutionen arbeiten, erschwert dies anderen den Aufbau ihrer eigenen Institutionen“, kritisiert Lehndorff.

Quelle: Claudia Braczko: Pressemitteilung des Instituts Arbeit und Technik, 04.08.2006

Der Neoliberalismus und seine Auswirkungen auf die Soziale Arbeit

Der Begriff Neoliberalismus wurde von den Ökonomen Friedrich August von Hayek, Wilhelm Röpke, Walter Eucken u.a. auf einer Konferenz in Paris 1938 geprägt und zum Konzept ausgebaut als ein ökonomischer Gegenentwurf zum Keynesianismus.¹ Die Wirtschaftstheorie von John M. Keynes kritisierte die Defizite des Kapitalismus als Unfähigkeit des Marktes, ein wirksames Verteilungs- und Produktionssystem herzustellen, das Sicherung für alle Teile der Bevölkerung darstellt. Angesichts dieses Marktversagens forderte Keynes ergänzende staatliche Interventionen.²

Friedrich A. von Hayek kann zwar als Urvater neoliberaler Ideen bezeichnet werden, dennoch gibt es den Neoliberalismus als die eine Schule nicht. Vielmehr kann man von einem vielfältigen, institutionalisierten Netzwerk sprechen, wo unterschiedliche Ausformungen nebeneinander Platz haben. Als zentrale theoretische Fundamente stützt sich der Neoliberalismus auf die Theorie der Neoklassik und die monetaristische Chicagoer Schule

Oskar Negt beschreibt den Neoliberalismus als einen von allen Beibehemmungen demokratischer und sozialer Ansätze befreiten Kapitalismus: *„Heute befindet sich der Kapitalismus (...) zum ersten Mal in einem Zustand, in dem die Kapitallogik genauso rein und unverfälscht funktioniert, wie Marx sie beschrieben hat. Zum ersten Mal ist die Kapitallogik von allen Beibehemmungen befreit, die ihr lange von außen und innen auferlegt waren“*.³

Wesentliche Elemente neoliberalen Denkens

Der Neoliberalismus lässt sich als ein wirtschaftspolitisches Projekt kapitalistischer Eliten beschreiben mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten:

Ökonomisierung aller Lebensbereiche – das universale Organisationsmodell des Marktes

Die Geltung der Prinzipien der neoliberalen Ökonomie wird für alle Lebensbereiche beansprucht. Altwater spricht in diesem Sinn von einem Imperialismus der Ökonomie.⁴

Sämtliche Lebensbereiche werden der Logik des Marktes, der Logik ökonomischer Optimierung und individueller Nutzenmaximierung unterworfen. Auch dem Individuum wird – zu Humankapital transformiert – Marktlogik eingeschrieben. Das Individuum

wird damit zum Unternehmer seiner selbst. Im Sinne dieser Selbstökonomisierung wird der Mensch zum Betrieb, zur ständig sich selbst optimierenden Ich-AG. Der Bezug zu sich und anderen wird nur mehr im Geldmodus begriffen.

Der schlanke Staat: „Weniger Staat, mehr privat“?

Nach neoliberaler Auffassung ist es nicht Aufgabe des Staates, unternehmerisch tätig zu werden. Der öffentliche Sektor soll zugunsten privater Initiative eingeschränkt werden. Gefordert wird in diesem Sinn die Privatisierung von Staatsbetrieben bzw. die Aufgabe von Staatsbeteiligungen und staatlichen Monopolen, z.B. im Bereich der Telekommunikation, des Verkehrs, der Energie- oder der Wasserversorgung. Der Staat hat die Vorgaben zu erfüllen, die die neoliberalen Ökonomen aufstellen. Die Aufgabe des Staates besteht in der Gewährleistung und Sicherstellung der notwendigen Rahmenbedingungen eines freien Marktes. Aus dem Wohlfahrtsstaat wird im neoliberalen Konzept ein „nationaler Wettbewerbsstaat“⁵, der die Aufgabe hat, durch seine Politik die Konkurrenzfähigkeit des eigenen Wirtschaftsstandortes auf dem Weltmarkt zu fördern. Der Staat wird so zum Erfüllungsgehilfen privatwirtschaftlicher Interessen.

Ökonomische Globalisierung

Neoliberales Denken befürwortet die Globalisierung im Sinne einer Förderung des Freihandels zwischen den Staaten, sei es durch globale Organisationen wie die Welthandelsorganisation WTO, sei es durch Freihandels- oder Sonderwirtschaftszonen. Für den globalen Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Investitionen sollen die Grenzen geöffnet werden. Regeln und Gesetze, die diesen Freihandel behindern, wie Schutzzölle oder staatliche Subventionen bestimmter Wirtschaftszweige, müssen abgeschafft werden, weil dadurch Investitionen verhindert würden. Globalisierung wird als eine Art naturwüchsiger Prozess betrachtet, der Industriestaaten zwingt, soziale Standards und Umweltstandards zu senken, damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Diesem Ziel sollen besonders der Abbau von als leistungshemmend betrachteten Sozialleistungen und die Verringerung des Staatsdefizits dienen.

Allerdings werden diese Maßnahmen nur so lange durchgezogen, solange sie zum Vorteil der neoliberalen Ökonomien dienen: So wird zwar von Ländern der so genannten Dritten Welt Handelsfreiheit eingefordert, andererseits werden in den USA Schutzzölle auf Waren aus der Dritten Welt erhoben bzw. die Agrarwirtschaft in der EU hoch subventioniert.

Deregulierung

Deregulierung bedeutet nicht Verzicht auf staatliche Rahmensetzung, vielmehr deren Konzentration auf die Förderung des wirtschaftlichen Leistungswettbewerbs und der rentablen Kapitalverwertung. Zur Förderung der Investitionstätigkeit gilt es, unternehmerische Spielräume zu erhöhen, durch Senkung der Steuern für Unternehmen und durch Minimierung von „Behinderungen“ durch Arbeitnehmervertretungen und staatliche Interventionen. Bestimmungen zu Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit oder Umweltverträglichkeit werden als Investitionshemmnisse und Einschränkung der Marktfreiheit der Unternehmer betrachtet. (...) Unbeschränkte Autonomie der Besitzer von Geld- und Produktivvermögen soll gegen die Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden.

Neoliberalismus und Sozialpolitik

Armut wird von neoliberalen Denkern als selbst verschuldetes Schicksal betrachtet, das im Grunde eine gerechte Strafe für Leistungsverweigerung oder die Unfähigkeit darstellt, sich bzw. seine Arbeitskraft auf dem Markt mit Erfolg zu verkaufen.

Der Staat und die Unternehmen werden von der Verantwortung für die Verwirklichung von ethischen bzw. sozialen Grundsätzen entbunden und diese ausschließlich beim Individuum angesiedelt.⁶ Das Herbeiführen von Massenarbeitslosigkeit (...) gilt dabei nicht als unterlassene Hilfeleistung, sondern steht als Nebenwirkung der Inanspruchnahme von Marktfreiheit außerhalb der Kritik.⁷

Die einzige soziale Verantwortung von Unternehmen besteht für Friedman in der Erwirtschaftung von Gewinnen für die Aktionäre: *„Es gibt wenig Entwicklungstendenzen, die so gründlich das Fundament unserer Gesellschaft untergraben können, wie die Annahme einer anderen sozialen Verantwortung durch Unternehmer als die für die Aktionäre ihrer Gesellschaften, soviel Gewinn wie möglich zu erwirtschaften“*⁸

Friedrich A. von Hayek kann dem Begriff „sozial“ überhaupt keinen Sinn abgewinnen: *„Mehr als zehn Jahre habe ich mich intensiv damit befasst, den Sinn des Begriffs ‚Soziale Gerechtigkeit‘ herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluss gelangt, dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat. (...) Das Soziale bezeichnet kein definierbares Ideal, sondern dient heute nur mehr dazu, die Regeln der freien Gesellschaft, der wir unseren Wohlstand verdanken, ihres Inhalts zu berauben. (...) Ich muss ge-*

*stehen, wenn sie auch darüber entsetzt sein werden, dass ich nicht sozial denken kann, denn ich weiß nicht, was das heißt.“*⁹

Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit schränken das Recht auf unbegrenzten Privatbesitz ein. Altruismus und Solidarität werden als niedere kollektivistische Moral und tribalistische Instinkte beschrieben, im Sinne einer sozialdarwinistischen Evolutionstheorie sogar als Auflehnung gegen höhere Zivilisationsstandards und als amoralisch betrachtet.¹⁰

Die Formierung des neoliberalen Projekts

Die Formierung des wirtschaftspolitischen Projekts des Neoliberalismus lässt sich – nach dem Niedergang des klassischen Liberalismus im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – auf die dreißiger Jahre zurückführen, als sich Ökonomen unter Federführung Friedrich von Hayeks auf der eingangs erwähnten Konferenz in Paris zusammenfanden, um einen Gegenentwurf zum Keynesianismus zu konzipieren. Um seine Ideen zu propagieren und durchzusetzen, gründete Hayek 1947 die Denkfabrik der Mont Pelerin Society. In weiterer Folge wurde ein internationales Netzwerk von Stiftungen, Instituten, Forschungszentren, Publikationsorganen, Wissenschaftlern und Public-Relations-Agenten etabliert, das sich der Förderung neoliberalen Denkens widmete. Der wissenschaftspolitische Durchbruch gelang mit einer Reihe von Nobelpreisen für Wirtschaftswissenschaften. Als Preisträger wurde eine Vielzahl neoliberaler Ökonomen geehrt, u.a. Friedrich A. von Hayek 1974 und Milton Friedman 1976.¹¹ Auf diese Weise errang neoliberales Denken mehr und mehr die Definitionsmacht in den Wirtschaftswissenschaften und wurde über das Feld der praktischen Politik und medialer Massenbeeinflussung in alle Lebensbereiche exportiert.

Erstes Experimentierfeld für neoliberale Wirtschaftspolitik war Chile. Ab 1975 konnten die Vertreter der Chicagoer Schule Chile mit Unterstützung des Militärregimes von Pinochet einer neoliberalen Umstrukturierung unterwerfen. (...) Mit dem Regierungsantritt Margret Thatchers 1979 und der Wahl Ronald Reagans zum Präsidenten der USA 1980 gelang es den Neoliberalen, ihr Projekt von der Peripherie ins Zentrum zu transportieren. Reagan (Reaganomics) und Thatcher (Thatcherismus) waren die ersten „bedeutenden“ Politiker, die neoliberale Ansätze in den Industriestaaten umsetzten. Mit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus wurde der Neoliberalismus endgültig zur vorherrschenden wirtschaftlichen Doktrin.

Die Fabrikation von Konsens – Durchsetzung neoliberalen Denkens

Die Durchsetzung des neoliberalen Projekts verdankt sich letztlich der erfolgreichen „Fabrikation von Konsens“.¹² Vertreter des Neoliberalismus suchten verstärkt Zugriff auf gesellschaftliche Bedeutungen und Denkformen. „Denkgifte“¹³ von Spardebatten, Sozialmissbrauch oder Standortparolen durchdrangen das individuelle Bewusstsein und verallgemeinerten sich. So geschah bzw. geschieht eine ideologische Formierung des Einzelnen und der Gesellschaft: *„Die Verkleisterung des Bewusstseins über die soziale Wirklichkeit mittels einer Tarnsprache ... ist notwendig, solange in Staat und Gesellschaft der Form nach die Mehrheit, dem Inhalt nach aber eine kleine Minderheit herrscht.“*¹⁴

In diesem Sinn treiben Standortparolen zahlreiche Volkswirtschaften in Unterbietungswettläufe. Die Rede von Spardebatten wird zur Zerschlagung des Sozialstaats missbraucht und die Rede vom Sozialmissbrauch und Sozialschmarotzern lenkt ab von den wahren Schuldigen. Sie macht die Opfer zu Tätern: nicht multinationale Konzerne und Multimilliardäre, sondern Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger seien Schuld an leeren Staatskassen. Politiker und Manager sprechen davon, dass „wir den Gürtel enger schnallen müssen“, „wir über unsere Verhältnisse leben“, während sie sich selbst ihre Taschen voll stopfen.¹⁵

Arbeits- und Sozialrechte wie z.B. Kündigungsschutz, Arbeitslosengeld, Lohnfortzahlung bei Krankenstand – nicht das Privatvermögen von Multimillionären – werden als Besitzstand umgedeutet. Abbau von Arbeitsschutzgesetzen und Sozialpflicht werden als Entbürokratisierung dargestellt, während man gleichzeitig z.B. bei der Disziplinierung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern oder beim EU-Verwaltungsapparat nicht an Bürokratie spart. Die Denkgifte der neoliberalen Ideologie sollen solidarische Beziehungen zerstören und Solidarität profitträchtig in Hörigkeit nach oben und Rücksichtslosigkeit nach unten verwandeln.¹⁶

Als negativ betrachtete gesellschaftliche Erscheinungen werden nicht länger verleugnet, sondern als unvermeidbare gesellschaftliche Verhältnisse – so genannte Sachzwänge – dargestellt. Die Aussage Margaret Thatchers: „There is no alternative“ unterstreicht diese angebliche Zwangsläufigkeit. Interessengeleitetes politisches Handeln wird als unausweichliches Wirken anonymer Mächte suggeriert und zum einzig möglichen und vernünftigen Weg erklärt.

Eine andere Strategie stellt diese negativen Ereignisse – gestützt auf euphemistische Sprachformen – als wünschenswert dar: Es wird rationalisiert, flexibilisiert, Investitionshemmnisse werden abgebaut, Betriebe müssen gesundschrumpfen, Arbeitskräfte werden freigesetzt. Der zeitsouveräne Arbeitnehmer darf nach Firmenbedarf auf Abruf bereit stehen, um stunden- oder tageweise zu arbeiten. Arbeitnehmer sollen fitter werden, d.h. mehr leisten, sich dafür aber mit weniger Lohn begnügen. Der Reformbegriff, mit dem man früher Vorhaben assoziierte, die auf mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Versorgungslagen und Bildungsmöglichkeiten zielten, steht nun als Synonym für Sozialabbau.

Zu diesen neoliberalen Denkgiften gesellen sich neoliberale Mythen und Dogmen wie: „Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“, „Geht's der Wirtschaft gut, geht's allen gut“, „Wachstum schafft Arbeitsplätze“. Diese werden von politischen Vertretern, Wirtschaftsexperten und Vertretern von Medienimperien wie Mantras heruntergebetet.

Bourdieu beschreibt diesen Prozess als *„symbolische Einprägung, ... die Journalisten und einfache Bürger das wiederholen lässt, was von bestimmten Intellektuellen ganz gezielt in Umlauf gebracht wird.“*¹⁷

So ist es auch zu erklären, dass diese Denkgifte und Mythen so tief im Bewusstsein der Bevölkerung verankert sind, obwohl sie durch die Empirie des aktuellen Zeitgeschehens und durch zahlreiche Studien längst widerlegt sind.¹⁸

- Die Frage der Finanzierbarkeit des Sozialstaates ist keine Frage von fehlenden Ressourcen, sondern der Verteilung und des politischen Willens.
- Die aktuelle Kluft zwischen Arm und Reich – sowohl innerhalb der Staaten als auch zwischen den Staaten – widerlegt das Dogma, dass eine florierende Wirtschaft zum Segen für alle wird und dass Wachstum Arbeitsplätze schafft.
- Machen die Konzerne Gewinne, steigen die Aktien, d.h. es geht nicht allen gut, sondern nur dem Vorstand, den Managern und Aktionären. Arbeitskräfte werden trotzdem „freigesetzt“.
- Hinge das Wohl und Wehe einer Volkswirtschaft primär von niedrigen Lohn- bzw. Lohnnebenkosten ab, wie Neoliberale behaupten, müsste in Ländern wie Bangladesch oder Somalia längst Vollbeschäftigung und allgemeiner Luxus herrschen.

Folgen und Auswirkungen auf die Soziale Arbeit

Abbau des Sozialstaates – Zunahme der Kluft zwischen Arm und Reich

Eine Folge neoliberaler Politik ist der Abbau des Sozialstaates und eine Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich, sowohl zwischen den einzelnen Staaten wie auch innerhalb der Staaten. Der neoliberale Globalisierungsprozess wirkt im Rahmen der Standortpolitik als „soziales Scheidewasser“¹⁹, das die Bevölkerung in Gewinner und Verlierer spaltet.

Ulrich Beck sprach in seinem 1986 erschienenen Buch „Risikogesellschaft“ noch von einem sozialen *Fahrstuhl-Effekt*, der alle Klassen und Schichten gemeinsam nach oben befördert habe. Angesichts des weiteren Verlaufs der Entwicklung der globalen Gesellschaft seit 1986 kann man eher von einem *Paternoster-Effekt* sprechen: In dem Maße, wie die einen nach oben gelangen, geht es für die anderen nach unten.²⁰ Damit einher entstehen neue soziale Brennpunkte und damit verbunden mehr Aufgaben für die Soziale Arbeit bei gleichzeitigem Einfrieren oder Abbau ihrer Ressourcen.

Ökonomisierung des Sozialen Arbeit – New Public Management

Die Auswirkungen auf die Soziale Arbeit lassen sich unter den Stichworten Ökonomisierung der Sozialen Arbeit, Managerialismus und New Public Management zusammenfassen.

Unter Ökonomisierung der Sozialen Arbeit²¹ verstehe ich die Tatsache, dass Soziale Arbeit einer Markt- und Profitlogik unterworfen wird und damit verbunden verstärkt Methoden und Konzepte der Betriebswirtschaft und der privatwirtschaftlichen Unternehmensführung in die Soziale Arbeit Einzug gefunden haben mit dem Versprechen von mehr Effektivität und Effizienz und damit verbundener scheinbarer Qualitätsverbesserung der Sozialen Arbeit (Managerialismus).

Unter dem Label New Public Management (Neues Steuerungsmodell oder auch wirkungsorientierte Verwaltungsführung) hat der Managerialismus seit Beginn der 90er Jahre in Österreich im Bereich der kommunalen Sozialpolitik Einzug gehalten. New Public Management folgt einer betriebswirtschaftlichen Rationalität, in dem es die öffentliche Verwaltung als Dienstleistungsunternehmen betrachtet und dieses mit Techniken und Instrumenten des modernen Managements zu steuern versucht.

Konkurrenzkampf statt Solidarität

Soziale Vereine und Institutionen werden durch Leistungsverträge und Ausschreibungen nach dem Vergaberecht in betriebswirtschaftlich denkende und handelnde Sozialunternehmen umgebaut. Die damit verbundene Ökonomisierung und das Kosten-Effizienz-Denken münden in Konkurrenzverhältnisse zwischen den Sozialen Dienstleistern. Im Rahmen dieser Verbetriebswirtschaftlichung von sozialen Einrichtungen bekommt der Wettbewerb große Bedeutung, ohne dass seine zum Teil zerstörerische Wirkung ausreichend Beachtung findet. Wohlfahrtsverbände konkurrieren untereinander und auch zunehmend mit gewerblichen Anbietern, was der Geldgeber (sei es Bund, Land oder Gemeinde) mit der Hoffnung verbindet, durch verstärkten Wettbewerb die Effizienz bzw. Effektivität der Leistungen zu steigern, vor allem jedoch die Kosten senken zu können.

Im Bereich der Randgruppen kann dieser Wettbewerb zu so genannten „*Creaming-Effekten*“ im Hilffssystem führen: zu einer Verdrängung der schwächsten KlientInnen zu Gunsten der am leichtesten zu verrechnenden bzw. mit positivem Ergebnis zu betreuenden KlientInnen. Es wird nur noch betreut und beraten, wer seine Notlage nicht grob fahrlässig verursacht hat und wer dem Geldgeber kostendeckend verrechnet werden kann. So werden aus Trägern sozialer Rechte individuelle Käufer von Sozialen Dienstleistungen, die einen Preis für die jeweilige soziale Dienstleistung bezahlen müssen, der sich nach Angebot und Nachfrage richtet.

Profitlogik statt Versorgungsrationität

Im Zentrum der Marktlogik steht nicht der hilfsbedürftige Mensch, sondern das Gewinnstreben von Gruppen, für die soziale Dienstleistungsangebote nur ein Mittel zur Profitmaximierung bilden. Wirtschaftsinteressen überlagern dabei die Notwendigkeit, persönliches Leid zu lindern und psychosoziale Probleme professionell zu lösen.

Aus öffentlichen Gütern, die ein Wohlfahrtsstaat im Sinne einer Versorgungslogik seinen BürgerInnen zur Führung eines menschenwürdigen Lebens gesetzlich verbürgte, werden Waren, die man kaufen muss. Aus StaatsbürgerInnen mit unveräußerlichen Rechten werden Wirtschaftsbürger, die nur Recht auf das besitzen, was sie sich kaufen können. Die KlientInnen der Sozialen Arbeit mutieren zu KundInnen, die als solche selbstverantwortlich für die Ursachen, aber vor allem für die Behebung ihrer Probleme und damit ihren Erfolg und Misserfolg sind.

Wirtschaftlichkeit vor Professionalität

In der Analyse des Prozesses der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit seit den 90er Jahren wird m.E. zu wenig beachtet, dass bei allen „ökonomischen Heilsversprechen“ der Ausgangspunkt in erster Linie nicht das Wohl des Klientels und eine Verbesserung der Qualität der Sozialen Arbeit, sondern der Spardruck war. Bei der Ökonomisierung der Sozialarbeit handelt es sich um eine Art Trojanisches Pferd. Professionelle Sozialarbeit wird in Anspruch genommen, um professionsfremde Ziele zu verfolgen: Kostenersparnis statt bedarfsgerechter Hilfe zur Führung eines menschenwürdigen Lebens.

Die finanzielle Situation, die Kosten – und nicht die professionelle Diagnose – bestimmen vorrangig das, was für die Soziale Arbeit nützlich, effizient und machbar sein soll; der Sparerfolg rangiert in der Regel vor dem Erfolg der Hilfeleistung. Soziale Arbeit wird unter die Logik der Finanzverwaltungen gezwungen, was sich in Leistungsverträgen, in der Formalisierung von Beratungs- und Betreuungsleistungen als Produkte sowie in der standardisierten Erbringung von Dienstleistungen niederschlägt: Statt um Beziehungsaufbau geht es um möglichst effizientes Managen eines Falles. Dadurch werden die sozialarbeiterische Tätigkeit und damit verbunden die KlientInnen vernachlässigt.²²

Aktivierender Sozialstaat – Workfare statt Welfare

An die Stelle des aktiven Sozialstaates tritt ein aktivierender Sozialstaat. Mittels neoliberaler Wortschöpfungen wie „Fördern und Fordern“, „Hilfe nur für wirklich Bedürftige“, „Aktivierung zu Selbsthilfe und Eigeninitiative“ oder „Ende der Versorgungsmentalität“ werden Erwerbslosigkeit und Armut sozialdarwinistisch zu Problemen der Individuen, ihrer Charakterschwäche und fehlenden Leistungsbereitschaft umgedeutet. In einer Beschäftigungskrise, wo Arbeitsplätze und nicht Arbeitswillige fehlen, wird unter den genannten Slogans der Arbeitszwang verstärkt, ohne sich zu bemühen, die Chancen von sozial Benachteiligten zu verbessern.

Das Gemeinwesen wird in einen Wohlfahrtsmarkt einerseits und einen Almosenstaat andererseits geteilt. Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich jene BürgerInnen, die es sich leisten können, soziale Sicherheit (z.B. Altersvorsorge). Dagegen stellt der Workfare-Staat nur noch Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, sie ansonsten jedoch der privaten Wohltätigkeit überantworten. Man spricht von „Eigenverantwortung“, meint

aber Zusatzbelastung für ArbeitnehmerInnen und MindestrentnerInnen.

„Aktivierung“ bedeutet in ihrem weiteren Kontext eine Art autoritäre Entrechtlichung: Hilfen zur Arbeit verwandeln sich in Drohungen zur Zwangsarbeit. So wird der Wohlfahrtsstaat zum wirkungsorientierten Workfare-Staat, der sich auf die Funktionen Repression und kontrollierter sozialer Ausschluss fokussiert.²³

Reaktion der Sozialen Arbeit

Die Reaktionen der Sozialen Arbeit auf die Ökonomisierung des Sozialen sind unterschiedlich. Kleve spricht von einem ambivalenten Verhältnis der Sozialen Arbeit zur Ökonomisierung:²⁴ *„Diese (neoliberale) Umgestaltung unserer Wohlfahrtsgesellschaft lässt sich so aus sozialarbeiterischer Perspektive weder eindeutig verurteilen noch freudig begrüßen.“*²⁵

Dimmel spricht von einer Adaptions-Position, die nicht die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit im Sinne ihrer Wirkungsorientierung kritisiert, sondern ihr neoliberales Verständnis.²⁶

Eine andere Strategie lässt sich als weitgehend ungeprüfte Übernahme von betriebswirtschaftlichen Begriffen und Instrumentarien in die Soziale Arbeit beschreiben. Neoliberale Dogmen werden nachgebetet und die Effizienz und Effektivität einer neoliberalen Ökonomie relativ kritiklos und naiv der Sozialen Arbeit als Vorbild vorgesetzt, ohne zu reflektieren, wie es wirklich um deren Effektivität und Effizienz steht. Es werden von öffentlichen und privaten Trägern sozialer Einrichtungen BeraterInnen bzw. Beratungsunternehmen beigezogen, die von Sozialer Arbeit keine Ahnung haben, aber glauben, beurteilen zu können, ob man Dienstposten einsparen kann oder nicht. Dimmel spricht in diesem Fall von einer Assimilations-Position.²⁷

Eine letzte Reaktion ist die Wiederaufnahme einer gesellschaftskritischen, politischen Funktion der Sozialen Arbeit.²⁸ Soziale Arbeit wird als „Menschenrechtsprofession“²⁹ begriffen, wie dies etwa Silvia Staub-Bernasconi tut. Pierre Bourdieu postulierte in diesem Kontext die Soziale Arbeit als ein an Gerechtigkeit orientiertes Widerlager gegen die „neoliberale Invasion“.³⁰

Schlussfolgerungen

Peter Drucker, einer der bekanntesten Management-Gurus, hat den Unterschied zwischen Effektivität und Effizienz einmal sehr prägnant definiert: *„To be effective is to work on the right things; to be efficient is to do the things right; to be efficient and effective means doing the right things, right.“*³¹

In Sinne dieser Definition möchte ich die Verfechter einer neoliberalen Ökonomie fragen: Wie effektiv und effizient ist eine von der neoliberalen Ideologie dominierte Weltwirtschaft, wenn täglich 18.000 Kinder verhungern,³² während andererseits Lebensmittelüberschüsse vernichtet werden? Wie effektiv bzw. effizient ist eine Wirtschaft, die dafür Sorge trägt, dass Unmengen an Nahrungsmitteln in so genannten Dritte-Welt-Ländern als Futter für europäisches Weidewirtschaft produziert und exportiert werden, während die einheimische Bevölkerung unter dem Existenzminimum dahinvegetiert und teilweise verhungert? Wie effektiv ist eine globale Ökonomie, die die Umwelt zerstört und im Dienste der Profitmaximierung menschliche Arbeitskraft rücksichtslos ausbeutet und die verantwortlich ist, dass 186 Millionen Kinder in sklavenartigen Arbeitsverhältnissen den Profit einzelner multinationaler Konzerne vergrößern?³³ (...)

Beinahe täglich wird uns auch via Medien serviert, wie „effektiv und effizient“ von diversen Unternehmen Gelder in den Sand gesetzt werden. Hat es die Soziale Arbeit wirklich nötig, sich an diesen Maßstäben zu orientieren und sich auf das menschenverachtende Niveau neoliberaler Effektivität und Effizienz herunter zu nivellieren? Natürlich hat sich auch die Soziale Arbeit immer wieder die Frage zu stellen, ob sie die richtigen Dinge tut und ob sie die Dinge richtig tut, und dies auch wissenschaftlich und professionell zu reflektieren und zu evaluieren. Aber nicht unter der Federführung von ManagerInnen und BWL-Fetischisten, für die Effektivität nur Profitmaximierung und Effizienz nur „so kostengünstig wie nur möglich“ bedeutet.

Die Logik der Sozialen Arbeit ist nicht die Logik des Profits und des Marktes. Ob jemand Mittel für ein menschenwürdiges Leben erhält, darf nicht vom Markt entschieden werden. Soziale Arbeit ist keine Dienstleistung mit Warencharakter, sondern Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen aller Beteiligten – von Sozialarbeiter/In und Klient/In – bei gleichzeitigem Arrangement und Management von Umständen, die den Erfolg der Bemühungen wahrscheinlicher machen. Die Betriebswirtschaft ist maximal eine Hilfswissenschaft der Sozialen Arbeit und darf nicht zur Leitwissenschaft werden.

Soziale Arbeit als integraler Bestandteil der Sozialpolitik muss als mehr als nur ein Reparaturbetrieb zur Linderung ihrer negativen Folgen begriffen werden. Das bedeutet für die Soziale Arbeit, bei der Analyse von Ursachen sozialer Probleme und deren Bewältigung ihr Augenmerk auf strukturelle, gesellschaftlich

bedingte Faktoren zu legen, diese öffentlich zu machen, sich vermehrt in aktuelle sozialpolitische Debatten einzuschalten und so eine kritische Gegenöffentlichkeit herzustellen. Durch eine bessere Vernetzung von SozialarbeiterInnen und Sozialen Einrichtungen könnte auch entsprechender Druck auf politisch Verantwortliche entstehen, der nötig ist, um in den sozialarbeiterischen Anliegen wahr- und ernstgenommen zu werden. Die „Widerständigkeit“ gegenüber einer weiteren Verschlechterung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Form von Sozialabbau muss ein zentrales Ziel der Sozialen Arbeit bleiben.³⁴

Christian Stark
Fachhochschule Linz

Anmerkungen

- 1 vgl. Hennecke (2000): S.137-139; Dixon (2000): S.7-9.
- 2 vgl. dazu ausführlicher: Wilke (2002): John Maynard Keynes, S. 30-126.
- 3 Negt (1997): S. 38.
- 4 Altvater (1981): S. 15.
- 5 Hirsch (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat.
- 6 vgl. Friedman (1962): S. 12.
- 7 vgl. Gerlach (2000): URL: www.kritische-psychologie.de/texte/tg2000a.pdf, S. 1f. (7.1.2007)
- 8 Friedman (1971): S. 176.
- 9 Hayek (1979): S. 16, zit. n. Kurz (2001): S. 752.
- 10 vgl. Blankenburg (1997): S. 79.
- 11 Michalitsch (2002)
- 12 Chomsky/Achbar (1996)
- 13 Gerlach (2000)
- 14 Haug (1971): S. 443
- 15 vgl. Gerlach (2000), S. 5 (7.1.2007).
- 16 vgl. ebd.
- 17 Bourdieu (1998): S. 39.
- 18 vgl. u.a. WIFO-Weißbuch (2006); Reimon/Felber (2003): Schwarzbuch Privatisierung; Stiglitz (2003): Die Schattenspiele der Globalisierung; Die Armutskonferenz/ATTAC/BEIGEWUM (2004): Was Reichtümer vermögen.
- 19 Butterwegge (2006): S.5 (7.1.2007).
- 20 vgl. ebd., S. 6.
- 21 vgl. u.a. Blätter der Wohlfahrtspflege, 1998/11+12 [Ökonomisierung des Sozialen]; Kruse (2004): S. 256-262; Kulbach (2000): S. 16-21; Schmidt/Klie (1999): S. 14-17; Wilken (1998): S. 226-230.
- 22 vgl. Schnurr (2005): S. 239f.
- 23 vgl. Dimmel (2006): URL: www.sozialarbeit.at (7.1.2007)
- 24 vgl. Kleve (2003): S. 46-51
- 25 Kleve (2006): S. 14.
- 26 vgl. Dimmel (2006): URL: www.sozialarbeit.at (7.1.2007)
- 27 vgl. ebd.
- 28 vgl. u.a. Hauptert (2002); Lindenberg (2000); Kruse:

- (2004).
 29 Staub-Bernasconi (1995): S. 57ff.
 30 Bourdieu (1998)
 31 Drucker (1955): <http://www.qualisci.com/> (7.1.2007)
 32 vgl. FAO (2005): S. 6 f.
 33 vgl. International Labour Organisation – ILO (2002)
 34 Butterwegge (2006)

Literatur

- Altvater, Elmar (1981): Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution, in: Prokla, Nr. 44, S. 5-23.
- Blankenburg, Stephanie (1997): Der Neoliberalismus als theoretisches Konzept und Wegbereiter des modernen Rechtsextremismus. Freier Markt und Meinungsführerschaft, in: Schui, H./Ptak, R./Blankenburg, S./Bachmann, G./Kotzur, D.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München, S. 53-111.
- Bourdieu, Pierre (1998): Der Mythos „Globalisierung“ und der europäische Sozialstaat, in: Bourdieu, P.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz, S. 39-52
- Butterwegge, Christoph (2006): Globalisierung, demographischer Wandel und Sozialarbeit im Wohlfahrtsstaat, URL: www.sozialarbeit.at; butterwegge_wandelsozialarbeit.pdf (7.01.2007).
- Chomsky, Noam/Achbar Mark (1996): Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung. Medien, Demokratie und die Fabrikation von Konsens, München.
- Die Armutskonferenz/ATTAC/BEIGEWUM (2004): Was Reichtümer vermögen. Gewinner und VerlierInnen in europäischen Wohlfahrtsstaaten, Wien.
- Dimmel, Nikolaus (2006): Verbetriebswirtschaftlichung, Privatisierung und sozialarbeiterisches (Doppel)Mandat – ein Bermuda-Dreieck der sozialen Arbeit? URL: www.sozialarbeit.at (7.1.2007).
- Drucker, Peter (1955): The Practice of Management, New York, URL: <http://www.qualisci.com/>
- Dixon, Keith (2000): Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz.
- Food and Agriculture Organisation (2005): The State of Food Insecurity in the World 2005, Rom.
- Friedman, Milton (1971): Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart.
- Gerlach, Thomas (2000): Denkgifte. Psychologischer Gehalt neoliberaler Wirtschaftstheorie und gesellschaftspolitischer Diskurse, Dissertation, Universität Bremen, URL: www.kritische-psychologie.de/texte/tg2000a.pdf. (7.1.2007)
- Haug, Wolfgang Friedrich (1996): Das neoliberale Projekt, der männliche Arbeitsbegriff und die fällige Erneuerung des Geschlechtervertrags, in: Das Argument, 217, S. 683-696
- Hauptert, Bernhard (2005): Gegenrede: Wider die neoliberale Invasion der Sozialen Arbeit, URL: <http://www.qualitative-sozialforschung.de/hauptert.htm>, (7.1.2007).
- Hennecke, Hans Jörg (2000): Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.
- IFSW (2004): Ethics in social work, Adelaide, URL: www.sozialarbeit.at (7.1.2007)
- International Labour Organisation (2002): Jedes Kind zählt, Genf.
- Kleve, Heiko (2003): Sozialarbeitswissenschaft, Systemtheorie und Postmoderne, Freiburg i.B.
- Kleve, Heiko (2006), Systemisches Case-Management, in SiÖ 1, Wien.
- Kruse, Jan (2004) Soziale Arbeit als disziplinierende Simulation. Eine kritische Analyse der Ökonomisierung Sozialer Arbeit, in: Soziale Arbeit 7, Berlin, S.256-262.
- Kulbach, Roderich (2000): Ökonomisierung sozialer Arbeit, in: Soziale Arbeit 1, Berlin, S.16-21.
- Kurz, Robert (2001): Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, München.
- Lindenberg, Michael (2000): Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld.
- Michalitsch, Gabriele (2002): Was ist Neoliberalismus?, URL: www.attac.at/uploads/media/neoliberalismus_michalitsch_02.pdf (7.1.2007).
- Negt, Oskar (1997): Neuzugänge zum Marx'schen Denken, in: Z.: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 30, S. 38-46.
- Reimon Michel/Felber Christian (2003): Schwarzbuch Privatisierung, Wien.
- Rösch, Michael (o.J.): Was verstehen wir unter Neoliberalismus, URL: tiss.zdv.uni-tuebingen.de/webroot/sp/barrios/themeA2a-dt.html (7.1.2007)
- Schmidt, Roland/Klie, Thomas (1999): Folgen der Ökonomisierung des Sozialen, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 1, Bonn, S.14-17.
- Schnurr, Stefan (2005): Managerielle Deprofessionalisierung? in: Neue Praxis, Nr. 3, S. 239-242.
- Staub-Bernasconi, Silvia (1995): Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international oder: vom Ende der Bescheidenheit, Bern/Stuttgart/Wien.
- Stiglitz, Josef (2003): Schatten der Globalisierung, München.
- Valdés, Juan Gabriel (1995): Pinochet's Economists. The Chicago School in Chile, Cambridge/New York/Melbourne.
- Werner, Klaus/Weiss, Hans (2006): Das neue Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne, Wien/Frankfurt a. Main.
- WIFO (2006): WIFO-Weißbuch. Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Wien, URL: <http://test.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload>.
- Wilke, Gerhard (2002): John Maynard Keynes, Frankfurt a. M.
- Wilken, Udo (1998): Faszination und Elend der Ökonomisierung des Sozialen, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 11+12, Frankfurt a. M., S. 226-230.

Public Social Private Partnership zur Realisierung sozialer Dienstleistungen

Aktuelle Entwicklungen – soziodemografische Veränderungen, budgetäre Kürzungen u.a. – fordern auf, innovative Formen zur mittel- und längerfristigen Gestaltung im Bereich sozialer Dienstleistungen und insbesondere zu deren Finanzierung zu kreieren. Als eine solche alternative und innovative Form stellen Brigitte Kukovetz, Manfred Leonhardt und Rainer Loidl-Keil das Modell „PSPP – Public Social Private Partnership“ vor; als eine konkrete Antwort auf die Frage der Konzeption und Realisierung sozialer Dienstleistungen und der dazu notwendigen Finanzierungssysteme.¹

Wir kennen die Dichotomie nur allzu gut: zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre, zwischen kollektiven und individuellen Interessen. Gesellschaftliche Arenen freilich lassen sich darin wohl kaum erschöpfend darstellen und zumindest in der Auffassung einer zivilgesellschaftlichen Denktradition drängen sich Fragen nach Ausgestaltung, Verantwortungen, Zuständigkeiten, Leistungsfähigkeiten, Aufteilungen und Zusammenführung öffentlicher und privater Agenden bzw. Akteure auf.

Wenngleich die Idee, den öffentlichen und den privaten Sektor für bestimmte Leistungen zusammenzubringen, auf eine lange Geschichte verweist, beobachten wir gerade in neuerer Zeit Modelle, in denen „Public“ und „Private“ explizit in Partnerschaften konzipiert sind. Solche öffentlich-private Partnerschaften beabsichtigen, unterschiedliche Interessen strukturiert und zielorientiert zusammenzuführen. Interessen sollen gemeinsam verfolgt, Ressourcen gemeinsam genutzt, Risiken gemeinsam geteilt werden. Public Private Partnerships werden dann zu den unterschiedlichsten Zwecken geschaffen – zum Bau einer Autobahn oder eines Theaters oder anderen. Wie können solche Partnerschaften formiert werden, wenn es um soziale Dienstleistungen geht?

Partnerschaften mit der Sozialwirtschaft zur Schaffung und Wahrung zivilgesellschaftlicher Gestaltungsräume

PSPP – eine Öffentlich-Sozialwirtschaftlich-Private-Partnerschaft (Public-Social-Private-Partnership)

richtet ihren Zweck auf den Umgang mit benachteiligten Lebenslagen. Indem mittels einer PSPP Handlungsräume der beteiligten PartnerInnen auf diesen Zweck hin orientiert (neu) strukturiert werden, richtet sie sich explizit gegen soziale Schließungsprozesse. Gesellschaftliche Leistungen sollen mittel- bis langfristig bereitgestellt werden; und durch einen mittel- bis langfristigen Zeithorizont sollen zudem künftige Bedarfe besser identifiziert, antizipiert und durch proaktive Maßnahmen in innovative Leistungen übergeführt werden.

Das entscheidende Moment in einer PSPP liegt in ihrer Zweckbestimmung und Zielsetzung, auch in Grenzziehung zu einer Public Private Partnership (PPP) – weshalb wir uns hiermit etwas ausführlicher befassen wollen. Aktivitäten, die im Rahmen einer PSPP durchgeführt werden, intendieren, zur Verbesserung von Lebenssituationen und –chancen von benachteiligten Menschen beizutragen. In einem weiteren Sinn also wird auf die gesellschaftliche Verfassung, die Gewährleistung sozialer Inklusion bzw. die Bewahrung vor sozialen Exklusionserscheinungen gezielt. (...)

Zur Erbringung sozialer Dienstleistungen entwickelt das Modell des PSPP bestehende partnerschaftliche Konzepte weiter. Es sollen öffentlich-gesellschaftsbezogene, kollektive Aufgaben gemeinsam durch die öffentliche Verwaltung mit privatwirtschaftlichen Unternehmen wahrgenommen werden. Wir gehen davon aus, dass es eines expliziten Herausarbeitens der sozialen Zweckbestimmung und Zielsetzung bedarf ebenso wie der Differenzierung und Erweiterung der beteiligten gesellschaftlichen Akteure in der Partnerschaft um den Akteur „Sozialwirtschaft“, um ein PPP-Modell für soziale Dienstleistungen nutzbar zu machen. Die Explizierung eines spezifischen Zweckes soll in der Konstellation der Partnerschaft und ausdrücklich durch den Akteur „Sozialwirtschaft“ seine Entsprechung und Realisierung finden. In der Anwendung einer PSPP übernimmt die Sozialwirtschaft die gewährleistende Rolle:

- die öffentlichen Ziele, Inhalte bzw. Aufgaben des PPP-Gegenstandes im Sinne des Verständnisses von Gemeinwohl, Daseinsfürsorge etc. zu bewahren und anzustreben;
- Kooperationsinhalte bzw. –ziele ausschließlich mittel- und langfristig zur Anwendung auszurichten; und
- die dafür notwendigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen (z.B. Finanzierung) als Teil davon mit zu berücksichtigen und umzusetzen.

Um eine solche PSPP zu realisieren, sind folgende drei Komponenten vorrangig von Bedeutung:

- Erstens werden durch das „S“ Ziel und Zweck genau vorgegeben: Aktivitäten zur Verbesserung der Lebenssituation und Lebenschancen benachteiligter Menschen bzw. Menschengruppen. Während PPPs in der Literatur dahingehend beschrieben werden, dass ihr Zweck in der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Allgemeinen liegt, wird bei PSPP die Zielsetzung explizit auf soziale Inhalte fokussiert.
- Zweitens übernimmt eine PSPP den instrumentellen Charakter zur mittel- bzw. langfristigen Finanzierungs- bzw. Ressourcengenerierung. Um soziale Dienstleistungen umzusetzen bzw. soziale Produkte einzuführen, bedarf es in vielen Fällen der Errichtung und Betreibung von Infrastruktur. PSP-Partnerschaftsprojekte zielen daher zum einen auf die Finanzierung von Infrastruktur ab, welche der Umsetzung sozialer Produkte und Dienstleistungen dienen. Zur Durchführung sozialer Leistungen bedarf es zwar nicht unbedingt umfassender Infrastruktur, jedoch immer einer Phase der Entwicklung, Planung und Errichtung der Voraussetzungen für die Durchführung der sozialen Leistungen. PSPP als Finanzierungs- und Ressourcengenerierungsinstrument ist daher zum anderen ein Kerninstrument zur Finanzierung der Entwicklung und Vorbereitung von sozialen Produkten und Dienstleistungen, welche keine größeren Infrastrukturinvestitionen erfordern.
- Drittens ist das Prinzip der Partnerschaft unabdingbar, um Gestaltungsspielräume langfristig zu strukturieren und zu erweitern. Dieses Prinzip bedingt, dass mindestens zwei PartnerInnen sowohl finanzielle Mittel als auch sonstige Ressourcen zur Erreichung des gemeinsamen Ziels generieren. Hierbei stehen Partnerschaftsprinzipien im Vordergrund, die bereits für PPP gelten: Die Kompatibilität von Zielen und Nutzenerwartungen der beteiligten Partnerunternehmen/-organisationen sind vorausgesetzt, um Synergiepotentiale realisieren zu können. Die Identitäten der einzelnen Unternehmungen und Organisationen bleiben dabei allerdings erhalten.

Diese drei Funktionen können in Anlehnung an PPP-Modelle durch Finanzierungs-Organisationsmodelle in der Form von Kooperations-, Konzessions- oder Betreibermodellen (vgl. Pölzl / Preisch: Public Private Partnership in Theorie und Praxis, 2003) realisiert werden.

Für die Öffentliche Hand hat die Spezifizierung von PPP zu PSPP folgende Bedeutung: Aufgaben der Öffentlichen Hand werden mittel- bzw. langfristigen Lösungen im Sinne des Gemeinwohls der Daseinsfürsorge zugeführt. Durch diese kooperativen Lösungen erweitert sich für die Öffentliche Hand der Handlungsspielraum in zweierlei Hinsicht: einerseits durch eine kooperative Form des „Outsourcing“ (inkl. Finanzierung), andererseits durch zusätzliche PartnerInnen der Privat- und Sozialwirtschaft in der Aufgabenbewältigung. Für die Privatwirtschaft ist PSPP ebenso eine Möglichkeit, durch die Kooperationsform mit Öffentlicher Hand und Sozialwirtschaft Handlungsspielräume in (marktwirtschaftlicher) Hinsicht zu erweitern. Durch die Erweiterung des Modells PPP zum PSPP ist es der Sozialwirtschaft im Rahmen einer Kooperationsform zwischen Öffentlicher Hand und Privatwirtschaft möglich, mit ihrem intermediären Rollenverständnis dafür zu sorgen, dass öffentliche Anliegen zu kompetenten mittel- und langfristigen Lösungen gebracht werden und PartnerInnen sowohl der Öffentlichen Hand als auch der Privatwirtschaft gemäß ihrer Stärken bei gleichzeitiger Risiko-Verringerung aller Beteiligten im Rahmen der Kooperation zum Einsatz kommen. Für die Sozialwirtschaft wird durch die Mittel- und Langfristigkeit der Lösungen eine Verbesserung hinsichtlich Planung, Entwicklung und Qualität erreicht. Wesentlich in der Konzeption einer PSPP sind Bereitschaft und Vermögen der Akteure, im Rahmen der Kooperation ausschließlich Zwecke und Inhalte für die sozialen Leistungen zu definieren, welche mindestens von mittel- bis eher langfristigem Bestand sind; also über die Existenz der Partnerschaft zur Erreichung ihrer Kooperationsziele hinaus.

Die Explizierung dieser Bedingung für eine PSPP – im Unterschied zu einer PPP – resultiert daraus, dass Inhalte von PSPP gleichsam ausdrückliche Inhalte und Ziele der Öffentlichen Hand – Gemeinwohl bzw. Daseinsfürsorge – sind. Und üblicherweise unterliegen diese Agenden nicht den „reinen“ Marktgesetzen von Angebot und Nachfrage; so wissen wir, dass soziale Leistungen sich in ihrer Beschaffenheit strukturell von Produkten bzw. Leistungen unterscheiden, die „frei“ am Markt gehandelt werden. Dagegen liegen Ziele und Inhalte öffentlicher sozialer Leistungen in der Gewährleistung des vereinbarten Gemeinwohls gegenüber der Zivilgesellschaft. Solcherart gesellschaftlich vereinbarte Grundsatzbeschlüsse stellen notwendige und wesentliche Bausteine für einen sozialen Frieden durch Sicherheit und Gerechtigkeit dar. Dieser besteht darin, dass BürgerInnen einer Gesell-

schaft ihre individuellen Existenzgestaltungen auf vorweg gesellschaftlich vereinbarte Leistungen verbindlich gründen und aufbauen können. Dies ist Voraussetzung zur Prävention von Benachteiligungen bzw. von zu Benachteiligung führenden Lebenssituationen.

In diesem Sinn orientieren sich mittelfristige Lösungen und Ziele von PSPP-Projekten an der Dauer von Legislaturperioden von Kommunen und Staaten. Langfristigkeit bedeutet dabei quantitativ betrachtet alles, was länger als mittelfristig (im oben genannten Sinn) ist; qualitativ gesehen, alles was Qualität und Bestand von Verfassungs- bzw. Statutarvereinbarungen schafft und sichert – im Sinne der Prävention bzw. Verhinderung von Benachteiligungen bzw. von benachteiligenden Lebenssituationen.

PSPP – ein Modell für die Praxis

Am Beginn eines PSPP-Prozesses steht das Erkennen einer sozialen Problematik. Beispielsweise stellt eine Organisation in der Behindertenbetreuung fest, dass viele Menschen mit Behinderung in ländlichen Regionen vor der Schwierigkeit stehen, dass Wohnort und möglicher Arbeitsplatz zu weit voneinander entfernt sind. In weiterer Folge entsteht eine Problemlösungs-idee und das sozialwirtschaftliche Unternehmen entwickelt auf Basis seiner langjährigen Erfahrung in diesem Bereich eine soziale Dienstleistung, für welche eine Infrastruktur errichtet werden muss. Im Beispiel etwa eine arbeitsplatznahe betreute Wohnmöglichkeit für Menschen mit Behinderung, in der auf die unterschiedlichen Notwendigkeiten je nach Geschlecht, Alter oder kulturellem Hintergrund eingegangen wird.

Für Umsetzung und Realisierung tritt das sozialwirtschaftliche Unternehmen an ein Partnerunternehmen heran, welches die Finanzierung übernehmen kann – beispielsweise eine Regionalbank – und bindet eine Organisation der öffentlichen Hand ein, welche an der Erbringung der sozialen Dienstleistung interessiert ist – beispielsweise das für Menschen mit Behinderungen zuständige Sozialamt. Dieses gewährleistet den Zahlungsfluss durch die Nachfrage der sozialen Leistung und ermöglicht so eine kostengünstigere Finanzierung durch das privatwirtschaftliche Partnerunternehmen. Daraufhin plant das sozialwirtschaftliche Unternehmen die Umsetzung, bildet eventuell eine Träger-schaftspartnerschaft, errichtet die notwendige Infrastruktur – im Beispiel das behindertengerechte und

arbeitsplatznahe Wohnhaus – und setzt schließlich die soziale Dienstleistung um – die Betreuung der BewohnerInnen.

In dieser beispielhaften Darstellung sind ein zeitlicher (Ideal-)Ablauf und eine Rollenverteilung bereits sichtbar:

- 1) Bedarfsfeststellung
- 2) Ideen-Entwicklung
- 3) Entwicklung der sozialen Produkte und Dienstleistungen
- 4) Aufbau der Finanzierungspartnerschaft mit Organisationen / Unternehmen der Privatwirtschaft und der Öffentlichen Hand
- 5) Planung der Umsetzung
- 6) Errichtung der Infrastruktur bzw. der Voraussetzungen zur Umsetzung der Produkte und Dienstleistungen
- 7) Umsetzung: Betreibung der Infrastruktur und Durchführung der sozialen Dienstleistungen bzw. Anbieten der sozialen Produkte

Ebenfalls erkennen wir im Beispiel die Funktionsweisen und Rollen, die von den PartnerInnen eingenommen werden:

- *Finanzierung:* Infrastruktur für die Umsetzung sozialer Produkte und Dienstleistungen bzw. Finanzierung der Entwicklung sozialer Produkte und Dienstleistungen,
- *Umsetzung:* Übernahme der Trägerfunktion, d.h. Bedarfserkennung, Ideengeberin, Koordination von der Planung bis zur Errichtung und Betreibung, und
- *Nachfrage:* Sicherung des Zahlungsflusses durch Gewährleistung der Abnahme der Produkte und Dienstleistungen.

Diese drei Rollen können von unterschiedlichen PartnerInnen wahrgenommen werden. Jedoch liegen in jedem der beteiligten Bereiche (Öffentliche Hand, Privatwirtschaft, Sozialwirtschaft) unterschiedliche Kompetenzgebiete und Interessensschwerpunkte, weshalb eine bestimmte bzw. „idealtypische“ Rollenverteilung eher angemessen erscheint (siehe Tabelle).

Rollenverteilung in Public Social Private Partnerships

Bereich	PartnerInnen der Sozialwirtschaft	PartnerInnen der Privatwirtschaft	PartnerInnen der Öffentlichen Hand
1.	Umsetzung	Finanzierung	Nachfrage
2.	Nachfrage	Nachfrage	Finanzierung
3.	Finanzierung	Umsetzung	Umsetzung

Resümee – Intermediäre Rolle der Sozialwirtschaft

Die konzeptuelle Überführung des PPP in ein PSPP-Modell bedeutet letztlich eine explizite Verankerung eines sozialen Zweckes in einer Leistungspartnerschaft vor dem Hintergrund demokratischer, zivilgesellschaftlicher Interessen zur Bewahrung vor sozialen Exklusions- und Deprivationserscheinungen. Das Konzept PSPP greift damit kritische Aspekte und Erfahrungen in PPP-Projekten auf. Wie vorliegende PPP-Beispiele zeigen, ist die Sorge um die Aufrechterhaltung sozialer und öffentlicher Interessen als auch um die Qualität der Zielsetzungen und der erbrachten Leistungen berechtigt. Im PSPP findet der soziale Zweck seine Entsprechung im Partner „Sozialwirtschaft“, welcher für eben das klare und andauernde Eintreten und für die langfristige Ausrichtung und Expertise des gesamten Partnerschaftsunternehmens PSPP für soziale Inklusion steht.

*Brigitte Kukovetz
Manfred Leonhardt
Rainer Loidl-Keil*

Brigitte Kukovetz und Manfred Leonhardt sind im Rahmen der EQUAL Entwicklungspartnerschaft „Public Social Private Partnership“ für die Modellentwicklung zuständig, Rainer Loidl-Keil ist Professor am Studiengang Sozialarbeit und Sozialmanagement der Fachhochschule Joanneum in Graz.

„Wir NGOs können nie eine ganze Gesellschaft ändern“

Ergebnisse einer qualitativen Studie zur Rolle katholischer Entwicklungsorganisationen in Oberösterreich

In Oberösterreich leisten katholische Organisationen einen zentralen Beitrag zur privaten Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Angesichts der zunehmenden Diskussion über die „Nützlichkeit“, „Sinnhaftigkeit“ und „Wirksamkeit“ verschiedenster Aktivitäten auf lokaler Ebene einerseits¹ und der zunehmenden Konkurrenz auf dem Spendenmarkt andererseits ist es wichtig, über die Rolle von katholischen Entwicklungsorganisationen Bescheid zu wissen.

Auch gibt es in Oberösterreich kein gesichertes Wissen über die Spendenbereitschaft für Entwicklungs-

Anmerkung

- 1 Der Artikel resultiert aus der Entwicklungspartnerschaft „Public Social Private Partnership“. Diese wird im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit gefördert.

Literatur

- www.pspp.at
Oppen, Maria; Sack, Detlef; Wegener, Alexander: Innovationsinseln in korporatistischen Arrangements. Public Private Partnerships im Feld sozialer Dienstleistungen, WZB, Berlin 2003. (Oppen 2003)
Pözl, Andreas; Preisch, Edith: Public Private Partnership in Theorie und Praxis, Graz 2003.
Parkin, Frank: Strategies of social closure in class formation, In Parkin, Frank (Hg.): The social analysis of class structure, London 1978.
Bertelsmann Stiftung, Clifford Chance Pünder, Initiative D21 (Hg.): Prozessleitfaden Public Private Partnership. Eine Publikation aus der Reihe PPP für die Praxis, 2003. (Bertelsmann 2003)
Budäus, Dietrich (Hg.): Kooperationsformen zwischen Staat und Markt. Theoretische Grundlagen und praktische Ausprägungen von Public Private Partnership, Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Heft 54, Baden-Baden 2006.



projekte. Zwar werden in Abständen Spendenstudien durchgeführt, diese umfassen jedoch verschiedene Themen und Anlässe, derentwegen jemand zu einer Spende bereit ist. All diese Gründe motivieren dazu, die Thematik der Spendenbereitschaft für Entwicklungsprojekte zu analysieren und Einblicke in die Einschätzung der Wirksamkeit katholischer EZA-Organisationen zu geben.

Methodisches Design

Als methodisches Design wurden in der qualitativ angelegten Studie Interviews mit VertreterInnen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen katholischer EZA-Einrichtungen in Oberösterreich gewählt. Ihre Namen stellte der Leiter des Arbeitskreises Weltkirche und Entwicklungsförderung (WEKEF) in Linz, Heribert Ableidinger, zur Verfügung.² Die Interviews wurden im Zeitraum zwischen 15. November und 20. Dezember 2004 durchgeführt. Mit Zustimmung der InterviewpartnerInnen wurden die Gespräche aufgezeichnet,

wortwörtlich transkribiert und durch eine Inhaltsanalyse aufgearbeitet. Dabei wurde nach der inhaltsanalytischen Methode von Philipp Mayring (1988) (Paraphrasierung, Generalisierung, Reduktion) vorgegangen.

Die katholischen Entwicklungsorganisationen

Bei der katholischen EZA fungiert die Koordinierungsstelle der österreichischen Bischofskonferenz für Entwicklung und Mission (KOO) als Dachverband. Die KOO fördert das entwicklungspolitische Engagement der Katholischen Kirche und vertritt deren Grundsätze gegenüber wirtschaftlichen und politischen EntscheidungsträgerInnen. Ihre Mitgliedsorganisationen arbeiten in den Bereichen Projektpolitik, Bildungs- sowie Öffentlichkeitsarbeit zusammen (siehe hierzu <http://www.koo.at>, 15.04.2006).

Katholische Organisationen sind, wie andere Einrichtungen der privaten EZA auch, von Spenden abhängig. In Österreich gibt es etwa 260 regelmäßig und öffentlich angebotene Spendenaufrufe. Das 1996 gegründete und in die Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) eingegliederte Österreichische Institut für Spendenwesen (ÖIS) bietet einen Überblick über den Spendenmarkt und ein Register der Spendenorganisationen. Es führt ein Register aller Spendeninitiativen, erarbeitet verpflichtende Kriterien für ein Spendengütesiegel, organisiert den Erfahrungs- und Datenaustausch über internationale Kontakte und erstellt wissenschaftliche Studien zum Spendenwesen (siehe <http://www.spendeninstitut.at>, 15.04.2006). Rund 40 Prozent aller Spenden, dies entspricht rund 200 Millionen Euro, werden jährlich für internationale Anliegen gesammelt (vgl. <http://www.eza.at>, 15.04.2006). Für die private EZA bedeutet dies eine starke Verankerung in der Gesellschaft, die noch wichtiger als das quantitative Spendenvolumen ist: Spenden legitimieren sie als anerkannte Einrichtungen der Zivilgesellschaft (vgl. <http://www.spendeninstitut.at>, 15.04.2006).

Empirische Befunde

Das Tätigkeitsspektrum der InterviewpartnerInnen erstreckt sich von hauptamtlichen GeschäftsführerInnen, Finanzbeauftragten, TeilzeitreferentInnen bis hin zu ehrenamtlichen JungscharleiterInnen und BetreuerInnen von lokalen Gruppen. Neben den jeweils funktionsbezogenen Tätigkeiten ist zu erkennen, dass sich nahezu alle Befragten die Sensibilisierung der Bevölkerung für Themenstellungen der EZA zum Ziel setzen. Die Art und Weise, wie der Bevölkerung das Wissen darüber vermittelt werden soll, ist vielfältig: Genannt wurden vor allem persönliche Gespräche,

Publikationen, die Erstellung und Betreuung von Mediatheken, Schulungen und internationale Netzwerkbildung.

Information und Kommunikation

Hauptsächlich informieren sich die katholischen EZA-Organisationen über die KOO und die Diözese. Andere wichtige Informationsquellen sind Projektbesuche, verschiedene Publikationen (Standard, Südwind, Kirchenzeitungen etc.), das Internet, Kooperationen innerhalb der WEKEF und persönliche Kontakte. Auffallend wenig genannt wurden Schulungen und Fortbildungsseminare.

Generell wird ein guter Informationsstand als wichtig angesehen, um das Vertrauen der SpenderInnen und die Projektfinanzierung zu rechtfertigen. Der Großteil der InterviewpartnerInnen verwies allerdings zugleich auf die Notwendigkeit eines beträchtlichen Maßes an Eigeninitiative. Ohne diese würden viele MitarbeiterInnen über zu wenig und fallweise auch über gar keine Informationen verfügen.

Reaktionen auf die EZA-Arbeit

In der Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung sehen sich die MitarbeiterInnen primär als VermittlerInnen zwischen den SpenderInnen auf der einen und den ProjektpartnerInnen auf der anderen Seite. Die Haltung gegenüber den WEKEF-Mitgliedsorganisationen und deren Tätigkeit wird prinzipiell als sehr positiv empfunden. Das Interesse der Bevölkerung wird durch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit gefördert, die nach Meinung der Verantwortlichen die Grundlage für ein positives Spendenverhalten der Menschen darstellt. Beispiele dafür sind die mediale Präsenz in Form von Zeitungsartikeln, Kampagnen und Informationsbroschüren. Des Weiteren werden Aktionen für Familien, Workshops für Schulen und Informationsveranstaltungen angeboten. In spezifischen Fällen sind es auch konkrete Spendenaktionen, die über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügen und gleichsam die EZA-Organisation repräsentieren.

Obwohl die EZA-Einrichtungen grundsätzlich eine positive Resonanz haben, wird auch über Kritik berichtet. Diese bezieht sich im Wesentlichen auf die Infragestellung der Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit ihrer Tätigkeiten oder auf Zweifel an der Verwendung der Spendengelder.

Trotz aller Informationsarbeit in Wort und Schrift, trotz aller Kampagnen und Aktionen, die Spenden mobilisieren, und trotz des kirchlichen Engagements bleibt das Hintergrundwissen und das Interesse der

Bevölkerung an der Nord-Süd-Thematik nachweislich gering. Für viele hat Entwicklungspolitik nur einen sehr niedrigen bis gar keinen Stellenwert, da sie sich von entwicklungsspezifischen Themen in keiner Weise betroffen fühlen. Vielmehr stehen für eine Mehrheit die Probleme im eigenen Land im Vordergrund. "Global denken und lokal handeln" stößt noch auf viele Bewusstseinsbarrieren.

Stellenwert der Nord-Süd-Thematik in der Bevölkerung

Wie die Aussagen der ExpertInnen erkennen lassen, ist die oberösterreichische Bevölkerung über die Nord-Süd-Thematik wenig informiert. Dies betrifft in besonderem Maße das Wissen um konkrete Projekte bzw. die Aufgabenbereiche und Tätigkeitsfelder von Einrichtungen der katholischen EZA, aber auch die Kenntnis der Dachorganisation WEKEF.

Die konkret vor Ort wirkenden Organisationen "Drei-Königs-Aktion" und "Sei so frei" sind wesentlich nachhaltiger in den Köpfen der Bevölkerung verankert und verfügen nach Meinung der Befragten über einen dementsprechend höheren Bekanntheitsgrad. Die "Drei-Königs-Aktion" kann nicht zuletzt wegen der vergleichsweise hohen Medienpräsenz als bekannt eingestuft werden, obwohl das Medieninteresse an Organisationen und Aktivitäten der katholischen EZA gering ist. Das Informationsdefizit in der Bevölkerung betrifft aber nicht nur die katholischen EZA-Einrichtungen, sondern die Kirche allgemein:

"Ich glaube nicht, dass sie³ so besonders informiert sind. Man erreicht immer nur ein kleines Segment der Bevölkerung. Über die Pfarrsammlung in Oberösterreich erreichen wir vielleicht 15 Prozent der Bevölkerung, das sind etwa die Kirchenbesucher. (...) Und wenn die 15 bis 20 Prozent der Kirchengänger die Information über unsere Tätigkeit mit der gleichen Aufmerksamkeit verfolgen wie den Gottesdienst, dann, glaube ich, geht deren Wissen über unsere Aufgaben gegen Null" (FPES 2004: I 6).

Lediglich die MitarbeiterInnen und anderweitig Interessierte sind gut über konkrete Projekte, Maßnahmen und Tätigkeitsfelder von katholischen EZA-Einrichtungen informiert. Die Gründe für das Informationsdefizit der Menschen liegen nach Ansicht der Interviewten zum einen in der bereits erwähnten mangelnden Unterstützung und Aufmerksamkeit der Medien, zum anderen aber auch bei der Bevölkerung selbst, da der Wille zur Informationsbeschaffung und die Bereitschaft, sich mit Nord-Süd-Themen auseinanderzusetzen, weithin fehlt.

Zielgruppen von Spendenaktivitäten und Spendenbereitschaft

Laut übereinstimmender Meinung der ExpertInnen sind die bevorzugten Projekte von SpenderInnen jene, in denen die Spendengelder Kindern zugute kommen. Exemplarisch hierzu die Aussage einer Interviewten: *"Kinder und Straßenkinder, ganz eindeutig. Kranke Kinder, gerade in Weißrussland und Tschernobylkinder. Aber es sind ganz eindeutig Kinder" (FPES 2004: I 8).*

Es wurde auch häufig betont, dass die SpenderInnen vor allem bei der Inlands- und der Katastrophenhilfe besonders spendenfreudig sind, nicht zuletzt aufgrund der Medienpräsenz, die diese Themen bekommen. Deutlich wurde, dass Entwicklungspolitik nicht wirklich ein "Topthema" ist und längerfristig keine große Spendenbereitschaft erzeugt. Doch es sind nicht nur einzelne Projekte, sondern auch bestimmte Aktionen, die bevorzugt unterstützt werden. Mehrfache Erwähnung fanden die "Drei-Königs-Aktion" sowie "Licht ins Dunkel". Vereinzelt wurden auch Hilfe zur Selbsthilfe, Frauen- und Bildungsprojekte angesprochen. Diese Aussagen sind aber deutlich in der Minderheit und betreffen nur jene SpenderInnen, die sich gezielt informieren. Bezugnehmend auf eventuelle schichtspezifische Unterschiede im Spendenverhalten waren die ExpertInnen mehrheitlich der Meinung, dass Menschen mit wenig Einkommen prozentuell mehr spenden als jene mit hohem Einkommen. Ein ehemaliger "Sternsinger" bestätigte diesen Zusammenhang:

"Da kann ich mich an genug Leute erinnern, wo ich weiß, dass sie nicht viel haben oder Mindestrentner sind, die aber trotzdem 300 oder 400 Schilling hergeben haben. Andere Leute, wo man wusste, die haben Geld wie Heu, haben oft nur 20 Schilling gegeben" (FPES 2004: I 21).

In den Interviews kristallisierte sich heraus, dass die Entwicklungspolitik bei den Oberösterreichern einen geringen Stellenwert hat. Viele Menschen sind der Meinung, dass man Spendengelder erst den "Bedürftigen im eigenen Land" zukommen lassen sollte, bevor "die Armen in Entwicklungsländern" unterstützt werden. Spenden wird auch als gefühlsbetonte Angelegenheit beschrieben, deshalb wird bei Kampagnen die Emotion an erster und die Information erst an zweiter Stelle angesprochen.

Gründe der Spendenbereitschaft für katholische EZA-Einrichtungen

Aus der Auswertung der Interviews geht hervor, dass die meisten Personen deshalb für katholische EZA-

Einrichtungen spenden, da der Katholischen Kirche ein verantwortungsvoller Umgang mit den Spendengeldern attestiert wird. Andere Gründe waren die Tradition, Gewohnheit, Mitleid sowie Gewissensberuhigung. Bei diesen Spendergruppen besteht kein Interesse an einer inhaltlichen Beschäftigung mit Nord-Süd-Fragen. Zusätzlich zu diesen Aspekten wurden auch Faktoren wie der Bekanntheitsgrad der katholischen Organisationen im In- und auch Ausland, das Vorhandensein von Vertrauensleuten vor Ort und das Spendengütesiegel als vertrauensfördernd erwähnt.

Bewertung der Wirksamkeit von Spendenaktionen

Zur effizienten Umsetzung von Maßnahmen trägt die fachliche Schwerpunktsetzung der verschiedenen EZA-Organisationen bei. Die Spezialisierung gewährleistet kurzfristige Handlungsfähigkeit und unbürokratische Entscheidungswege. Das Spendenaufkommen wächst durch Aktionen mit konkreten Bezügen zu EZA-Projekten:

"Wenn die Leute wissen, dass sie für einen guten Zweck die Schuhe geputzt bekommen oder einen Kaffee, geben sie viel lieber was her. Es muss irgendwie greifbar sein" (FPES 2004: I 7).

Eine wichtige Bedingung für erfolgreiche Sammlungen ist die Erreichbarkeit von möglichst vielen Personen, wie z.B. bei Erstkommunionen, Firmungen usw. Aufrufe zum Spenden bei solchen Anlässen sind erfolgreicher als die "mühsame Sensibilisierung durch Bildungsarbeit". Nach den Aussagen der InterviewpartnerInnen ist spenden weniger aufwendig als die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Nord-Süd-Thematik.

Den durchaus positiven Bewertungen der Wirksamkeit der katholischen EZA stehen vereinzelt auch kritische Aussagen gegenüber. Die ExpertInnen berichten zwar von erfolgreichen Projekten, verlieren aber nicht aus dem Blick, dass die Maßnahmen in Relation zum hohen Bedarf nur sehr rudimentär wirksam sein können. Die Gründe reichen von begrenzten Hilfsmöglichkeiten bis zur Feststellung, dass durch Geldtransfers keine grundsätzliche Verbesserung der Lebenssituation der Menschen bewirkt werden kann. Modellprojekte können nur punktuell Anregungen und Impulse geben und nur langsam und im Kleinen wirken.

Ziel der Entwicklungsprojekte sollte sein, dass Menschen dazu befähigt werden, Eigenverantwortung zu übernehmen. Durch die katastrophale wirtschaftliche Lage und die hohe Korruption in vielen Empfängerländern wird dieses Unterfangen jedoch beträchtlich

erschwert. Einige InterviewpartnerInnen stellten daher die Wirksamkeit der EZA grundsätzlich in Frage. Einigkeit bestand darüber, dass direkte Hilfeleistungen nur punktuell bei Katastrophen eingesetzt werden sollten, da sie nicht nachhaltig wirken und eher zu neuen Abhängigkeiten führen.

Die Möglichkeiten der Projektbetreuung und somit die Wirksamkeit hängen auch von der Größe der EZA-Einrichtung ab. Die großen Organisationen (Drei-Königs-Aktion, Katholische Frauenbewegung, Katholische Männerbewegung) werden als sehr erfolgreich eingeschätzt. Kleinere Einrichtungen haben dagegen aufgrund geringerer Ressourcen (MitarbeiterInnen, Infrastruktur etc.) kaum die Möglichkeiten, ihre Projekte auf Wirksamkeit zu prüfen.

Politische und gesellschaftliche Ereignisse als Einflussfaktoren auf die Spendenbereitschaft

Bei der Fragestellung nach den Einflüssen von politischen Ereignissen und gesellschaftlichen Entwicklungen auf das Spendenverhalten wurden zwei innenpolitische Themen immer wieder genannt: die Euro-Umstellung und sozialpolitische Kürzungen seitens der Bundesregierung. Während die Euro-Umstellung einen positiven Einfluss auf das Spendenvolumen hatte (als Grund wurde angegeben, dass 100 Schilling früher ein häufiger Spendenbetrag waren, der nach der Währungsumstellung auf zehn Euro aufgerundet wurde), haben sozialpolitische Kürzungen offensichtlich negative Auswirkungen auf das Spendenverhalten.

Auch den Medien wurde ein Einfluss auf das Spendenverhalten zugeschrieben. Eine dichte Berichterstattung oder im Falle von Katastrophen der Einsatz von Prominenten wirkt sich positiv auf das Spendenverhalten aus. Es wurde auch eingeräumt, dass es immer schwieriger werden würde, für Osteuropa Spendengelder einzuwerben. Bezugnehmend auf die zukünftigen Entwicklungen im Spendeverhalten vermuteten die ExpertInnen, dass die Transparenz und das Sponsoring ebenso wie die Vermittlung von Emotionen an Bedeutung gewinnen werden.

Einschätzung der Wirksamkeit des eigenen Handelns

Die Ansichten über die Wirksamkeit der eigenen Tätigkeit unterscheiden sich bei den MitarbeiterInnen der WEKEF-Mitgliedsorganisationen sehr stark. Je nachdem, wie der Aufgabenbereich der jeweiligen Organisation definiert ist, gestaltet sich die Meinung über die eigene Wirksamkeit. Einerseits besteht das starke Verlangen nach Weltverbesserung und nach

Förderung einer Politik, die globale Gerechtigkeit realisiert, andererseits sind die ExpertInnen teilweise schon zufrieden, wenn sie durch unaufwändige Aktionen Positives bewirken oder einfach Menschen zur Selbsthilfe motivieren können.

Viele sehen die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit darin, Aufklärungsarbeit bei der Bevölkerung und bei Medien zu leisten. Das Ziel ihres Engagements besteht darin, das Interesse für EZA, ihre Organisationen und deren Projekte zu fördern, durch Erfahrungen aus den Projekten den Menschen "andere" Kulturen näher zu bringen und durch Veranstaltungen und Vorträge eine Bewusstseinsveränderung bei der Bevölkerung zu bewirken.

Die ExpertInnen gehen davon aus, dass sie gesamtpolitisch nur eine geringe, hingegen in lokalen Bereichen eine große Wirkung erzielen können. Sie sind außerdem davon überzeugt, dass ihre Tätigkeit eine bemerkenswerte Nachhaltigkeit aufweist. Viele EZA-Organisationen arbeiten nach ihrer Einschätzung sehr sparsam und setzen die Spendengelder effizient ein. Allerdings erkennen sie auch, dass Modellprojekte nur einen "Tropfen auf dem heißen Stein" darstellen:

"NGOs können nie eine ganze Wirtschaft, eine ganze Volkswirtschaft, eine ganze Gesellschaft einfach ändern. Wir werden es nicht schaffen, den gesamten Wiederaufbau im Kosovo zu machen. Wir werden das politische Problem vom Kosovo nicht lösen können. Wir werden nicht die ganze Altenbetreuung in der Diözese Alba Julia auf komplett neue Füße stellen können und wir können immer wieder nur anbieten und anregen und hoffen, dass sich mittelfristig doch etwas ändert für die alten Leute und auch verbessert" (FPES 2004: I 8).

Die ExpertInnen waren unterschiedlicher Meinung, wie gut ihre Organisation im Vergleich zu anderen arbeitet. Große EZA-Einrichtungen haben jedoch oft Vorteile gegenüber kleineren, da sie zumeist bekannter sind, geringe Werbekosten aufweisen und über eine sehr professionelle Art der Spendensammlung verfügen.

Resümee

Die qualitative Studie zeigt eine ambivalente Situation, in der sich MitarbeiterInnen katholischer EZA-Organisationen in Oberösterreich befinden: Zum einen artikulieren sie eine sehr kritische Sichtweise zu Hilfsmaßnahmen, die nur punktuell wirken, keine große Nachhaltigkeit aufweisen und de facto zu neuen Abhängigkeiten führen, und plädieren daher für eine gezieltere Bildungs- und Aufklärungsarbeit.

Zum anderen sind sie sich dessen bewusst, dass sie als private EZA-Organisationen zu einem großen Teil von SpenderInnen abhängig sind, um überhaupt wirken zu können. Die potentiellen oder bereits angesprochenen Spendenzielgruppen sind jedoch nur in einem geringen Ausmaß an der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Nord-Süd-Themen interessiert. Deshalb wird eine der größten Herausforderungen für die MitarbeiterInnen katholischer EZA-Organisationen darin liegen, die schwierige Balance zwischen einem tradierten Spendenverständnis, welches auf dem "Helfersyndrom" beruht, und einer fundierten Informations- und Bildungsarbeit über die weltweiten Macht- und Wirtschaftsbeziehungen zu finden.

*Veronika Wittmann
Institut für Soziologie
Johannes Kepler Universität Linz*

Anmerkungen

- 1 Franz Nuscheler (2004:566) gebraucht den polemischen Begriff der "Projektitis", mit dem er auf die "Vielzahl häufig isolierter Einzelprojekte, die nicht auf Strukturveränderungen abzielen", anspielt.
- 2 Dem 1970 gegründeten Arbeitskreis gehören die Katholische Frauenbewegung (Familienfasttag), die Katholische Männerbewegung (Aktion Sei So Frei), die Katholische Jungschar (Drei-Königs-Aktion), die Katholische Jugend/Land (Aktion Teilen), die Katholische Arbeitnehmer/inn/enbewegung/Arbeiter/inn/enjugend (Solidaritätsfonds), die Katholische Aktion, die Caritas (Auslandsabteilung), die Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft (MIVA) und das Päpstliche Missionswerk (Missio) an.
- 3 Die oberösterreichische Bevölkerung, Anmerkung der Autorin

Literatur

- Abteilung für Politik- und Entwicklungsforschung (2005): Positionierung von Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit in OÖ unter besonderer Berücksichtigung von EZA der Diözese Linz, Bericht des Forschungspraktikums aus empirischer Sozialforschung (FPES 2004), Institut für Soziologie, Johannes Kepler Universität: Linz.
<http://www.eza.at>, 15.04.2006.
<http://www.koo.at>, 15.04.2006.
<http://www.spendeninstitut.at>, 15.04.2006.
 Mayring, Philipp (1988): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlage und Techniken, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
 Nuscheler, Franz (2004): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 5. Auflage, Bonn: Dietz Verlag.

Wasser unterm Hammer

Ein Film von Leslie Franke und Hermann Lorenz (NDR) zur Privatisierung der Wasserversorgung mit anschließender Diskussion. Der Eintritt ist frei.

Termin: 4. März 2007, 11:00 Uhr, davor ab 10.00 Uhr: Filmfrühstück
Ort: Volkskino Klagenfurt

FrauenFilmTage 2007

Bereits zum vierten Mal gibt das vom Renner-Institut in Kooperation mit proFRAU veranstaltete Filmfestival Einblicke in das Leben von Frauen verschiedener Gesellschaften und Kontinente. Spiel- und Dokumentarfilme widmen sich aktuellen Fragen der Frauenpolitik und der Menschenrechte.

Termin: 8. - 13. März 2007
Ort: Filmcasino, Margaretenstraße 78, 1050 Wien
Information: Gerlinde Churavy, Tel. 01/804 65 01-30; churavy@renner-institut.at

Diskriminierung von Frauen mit Behinderungen

Inhaltliche Schwerpunkte des Vortrags von Dr. Marion Breiter vom Institut SOFIA sind: Doppelte Diskriminierung von Frauen mit Behinderungen; Behinderung von außen: Darstellung der Diskriminierung und der Probleme von Frauen mit Behinderungen in punkto Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten, Einkommen, Gewalterfahrungen sowie ihrer speziellen Fähigkeiten anhand von Studienergebnissen.

Termin: 12. März 2007, 14.00 - 15.30 Uhr
Ort: Forschungsinstitut des Wiener Roten Kreuzes, 1030 Wien, Nottendorfer Gasse 21
Anmeldung: christina.badelt@w.roteskreuz.at

Fachmesse für die professionelle Pflege

Auf der Fachmesse „Altenpflege+ProPflege“ werden Produkte, Dienstleistungen, Konzepte und Lösungen für die professionelle Pflege angeboten. Die Messe richtet sich an alle Berufsfelder, die in der professionellen Alten- und Krankenpflege tätig sind.

Termin und Ort: 20. - 22. März 2007, Nürnberg, Messezentrum
Information/Anmeldung: www.propflege.info

Fachtagung „Frau – Arbeit – Zukunft“

Abschlussveranstaltung der Equal-Entwicklungspartnerschaft „reframe“ mit Projektpräsentationen, einer Podiumsdiskussion und einer Filmvorführung.

Termin: 21. März 2007
Ort: Kultur und Veranstaltungszentrum „Alte Fabrik“ in Steyrermühl
Information/Anmeldung: Koordinationsbüro reframe, Bildungszentrum Salzkammergut, Webereistraße 300, 4802 Ebensee, Tel. 06133/6185-31

Vom schönen Schein der Integration

Diskutiert werden bei dem vom Verein LOK (Leben ohne Krankenhaus) veranstalteten Kongress Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung.

Termin und Ort: 22. - 23. März 2007, Austria Center Vienna
Anmeldung: European Team, Tel. 0676/9654632, kongress@lok.at, www.lok.at/kongress

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität
Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder, Mag. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453